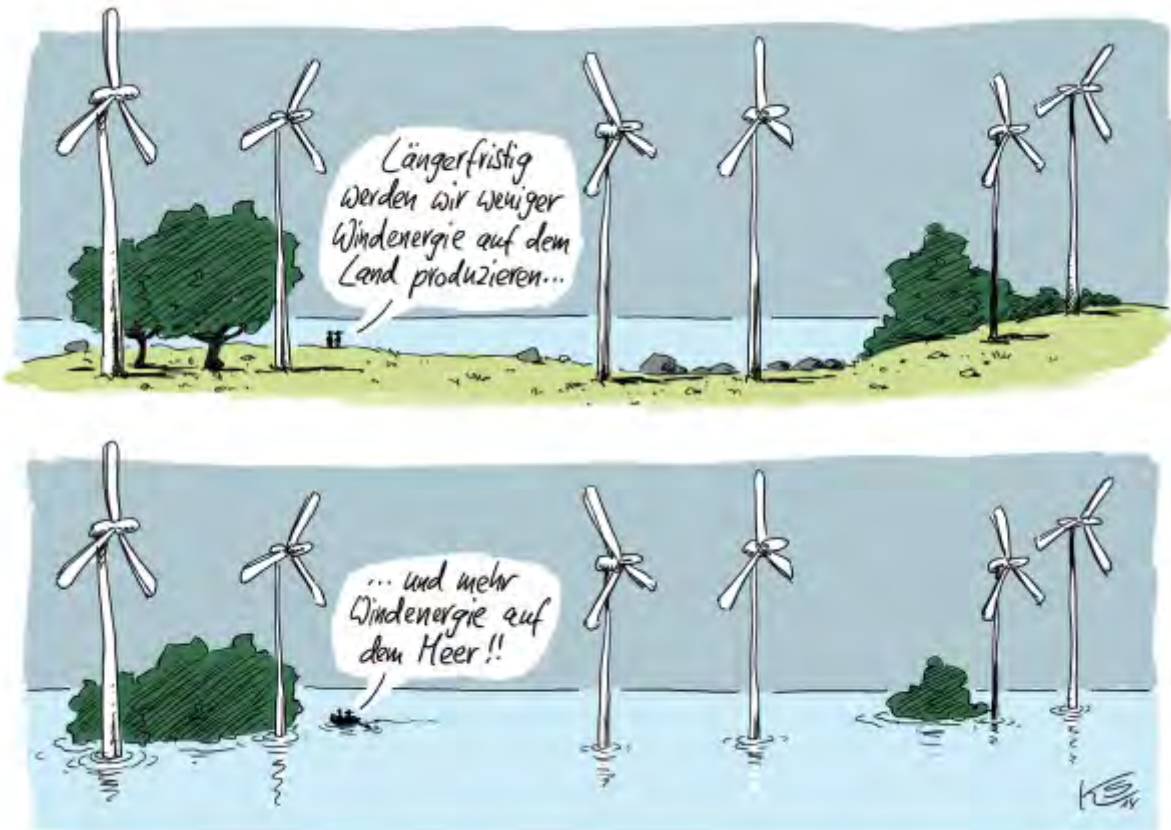


Tarantel

Nr. 65
Juni
II/2014

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

DIE LINKE.



20 Jahre Ökologische Plattform: Glückwünsche, Bilanz, Erinnerungen
Für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft (Beschlussvorlage)
Energiepolitische Eckpunkte des Sprecherrates
CO₂-Endlager Altmark
Fracking in Schleswig-Holstein
„Entfaltung der Produktivkräfte“ heute: Ökologie statt Raubbau!
AKW-Pläne der Türkei
Bücherecke

Liebe MitstreiterInnen,

mit dem vorliegenden Heft legen wir Euch die Ausgabe zum 20. Jahrestag der Ökologischen Plattform vor. Ursprünglich wollten wir eine Broschüre zum Jubiläum erstellen. Darauf haben wir verzichtet, weil wir nicht nur Rückschau betreiben und feiern wollen, sondern den Blick auch auf die vor uns stehenden Aufgaben richten. Daher haben wir uns für eine etwas umfangreichere Jubiläumsausgabe entschieden.

Naturgemäß nehmen Glückwünsche, gute Wünsche, Erinnerungen an die Gründung und auch kritische Anmerkungen einen breiten Raum ein. Um einige Beiträge haben wir gebeten, andere waren den AutorInnen ein Bedürfnis. Sie widerspiegeln die ganze Breite ihrer Ansichten – sowohl hinsichtlich der Herangehensweise an die ökologischen Fragen als auch der Stellung in bzw. zu unserer Plattform. Seid also gespannt (Seiten 3 – 18).

Mit unserer Erklärung „Für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft“, die wir für das Bundestreffen vorschlagen, wollen wir uns auf die nächsten Aufgaben orientieren (Seite 18).

So vielfältig wie die täglichen Mühen um den Schutz unserer Umwelt und die Verankerung ökologischer Positionen in Dokumenten und vor allem der Tagespolitik der LINKEN sind auch die Berichte aus den einzelnen Bundesländern – vom Norden, wo sich die Ökologische Plattform in Schleswig-Holstein wieder gegründet hat, und Osten, wo uns die Energiepolitik des LINKEN-Wirtschaftsministers Probleme bereitet, bis in den Südwesten, wo die Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 weiter gehen („aus den Ländern, Seiten 20 – 25).

Doch dabei bleiben wir nicht stehen. Wie schon in früheren Taranteln gibt es immer wieder, so auch hier grundsätzliche Überlegungen zu zukünftigen Entwürfen und Kritik an der gegenwärtigen Verfassung der Gesellschaft (Seiten 26 – 28).

Wichtig ist uns auch der „Blick über den deutschen Tellerrand“. Ercan – inzwischen den meisten Lesern durch seine Beiträge aus der arabischen Welt und der Türkei gut bekannt – schildert die Bestrebungen der türkischen Regierung, die Atomenergie aufzubauen und die Organisation gesellschaftlicher Gegenkräfte (ab Seite 29).

Für die Auseinandersetzung um die Weiterführung und Beschleunigung der Energiewende hat der SprecherInnenrat als Antwort auf Gabriels Energiepolitik ein eigenes Eckpunktepapier verfasst. Unsere Antwort auf das Abwürgen der Energiewende „von oben“ lautet: „Energiewende von unten“! Wir wollen die Befürwortung der Energiewende durch die Mehrheit in unserem Land nutzen, um die Stromversorgung immer weniger den Konzernen zu überlassen (Seite 33).

Wir hoffen, Euch damit eine interessante, vielseitige Tarantel vorzulegen.

Die Redaktion

Impressum

Kontakt: Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE; Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

E-Mail: oekoplattform@die-linke.de Internet: www.oekologische-plattform.de

Die ÖPF ist ein anerkannter Zusammenschluss DER LINKEN und arbeitet als bundesweite Arbeitsgemeinschaft.

Herausgeber: Sprecherrat der Ökologischen Plattform ISSN 2195-027X

Redaktion: tarantel@oekologische-plattform.de (ausschließlich für Veröffentlichungen) Redaktionsschluss: 15.5.2014

Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden.

Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat. Veröffentlichte Beiträge, auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider. Beiträge ohne Quellenangabe stammen von den Autoren, Beiträge ohne Autorenangaben in der Rubrik IN EIGENER SACHE von der Redaktion.

Geplanter Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15.8.2014

Elektronische Fassungen dieser und älterer Ausgaben sind unter www.oekologische-plattform.de bzw. www.die-linke.de verfügbar.

Bestellung/Adressänderung: kontakt@oekologische-plattform.de

Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF: Volksbank Berlin, BIC: BEVODEBXXX, IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00,

Verwendungszweck Ökologische Plattform

20 Jahre Ökologische Plattform

Den Mitgliedern der Ökologischen Plattform

Katja Kipping

Der aktuelle Weltklimaschutzbericht hält die Einhaltung der Zwei-Grad-Obergrenze immerhin noch für möglich. Allerdings mahnt er, dass dies nur durch einen tiefgreifenden Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft möglich sei. „Die Verzögerung weiterer globaler Maßnahmen zum Klimaschutz erschwert zunehmend die Einhaltung der Zwei-Grad-Obergrenze, reduziert die Handlungsmöglichkeiten und steigert die künftigen Klimaschutzkosten erheblich“, ist zu lesen.

Vor dem Hintergrund, dass der Kapitalismus sowohl maßlos gegenüber der Ausbeutung der Arbeit als auch gegenüber der Umwelt ist, ist diese Botschaft besorgniserregend. Die fortschreitende Umweltverschmutzung, deren schlimmster Ausdruck der Klimawandel ist, geht auf diese Maßlosigkeit zurück. Es droht die Gefahr, dass sich die freigesetzten Produktivkräfte durch den Druck des Zwangs zur stetigen Steigerung des Profits menschenfeindlich entladen und aus Produktivkräften Destruktivkräfte werden. Die Folgen wären enorm. Sie bedrohen zunehmend die zivilisatorischen Errungenschaften und die menschliche Existenz an sich. Wer vor dem Hintergrund der Menschheitsgefährdung die soziale Frage als weniger wichtig abtut, irrt gründlich. Wer vor diesem Hintergrund aber die ökologische Frage als Nebenwiderspruch abtut, irrt gefährlich. Dass innerhalb der LINKEN weder der eine noch der andere Irrtum Raum gewinnen kann, daran hat die Ökologische Plattform mit ihrer Arbeit einen bedeuten Anteil.

Mit dem „Plan B“ hat die Fraktion der LINKEN vor gut zwei Jahren wichtige Überlegungen zur konkreten Verbindung der sozialen und ökologischen Frage geleistet und darauf hingewiesen, dass der notwendige Wandel der Arbeitswelt und der Lebensweisen nur breit in der Gesellschaft akzeptiert werden wird, wenn alle einbezogen werden. Dieser notwendige Wandel wird nur in einem Klima sozialer Integration, geschlechtergerechter Verteilung von Arbeit, Einkommen und Ressourcen und demokratischer Teilhabe erfolgen können. Ohne Gerechtigkeit und Demokratie werden keine tiefgreifenden Veränderungen hin zu einer

klima- und naturverträglichen Produktionsweise möglich sein. Diesen Zusammenhang müssen wir als LINKE immer wieder herausarbeiten.

In den 1930er Jahren wurde mit dem New Deal die Maßlosigkeit des Kapitals gegenüber der Arbeit gebändigt. Unmittelbarer Anlass war der Börsencrash des Jahres 1929. Heute benötigen wir einen Red-Green-Deal, der die Maßlosigkeit der Finanzmärkte gegenüber Staat und Gesellschaft sowie die Maßlosigkeit der kapitalistischen Produktion gegenüber der Umwelt bändigt. Ein Green-New-Deal, wie er innerhalb der GRÜNEN diskutiert wird, wird nicht reichen, weil er in weiten Teilen blind gegenüber der sozialen Frage ist. Ein solcher Red-Green-Deal muss folgende Punkte umfassen:

1. Wir brauchen eine globale Energiewende. Im Norden eine umfassende Reduktion der Emissionen und dort sowie in den sich noch entwickelnden Ländern eine flächendeckende Energieversorgung mit erneuerbaren Energien. Dazu bedarf es technischer und ökonomischer Unterstützung letzterer durch die entwickelten Industrieländer. Es muss für einen Know-How-Transfer ökologischer Technologien gesorgt werden.
2. Die Verkehrs- und Energiepolitik sind so zu gestalten, dass sie nicht zur Exklusion ganzer Bevölkerungsschichten führen. Statt auf die Erhöhung von Verbrauchssteuern zu setzen, um vermeidbare umweltschädliche Produkte zu verteuern, brauchen wir intelligente Preismodelle. Innovativ ist hier das Strommodell der Bundestagsfraktion, das ein kostenloses Grundkontingent pro Haushaltsmitglied sowie stark ansteigende Kosten pro kWh vorsieht. Dieses führt dazu, dass für alle die Stromkosten bezahlbar werden und dass sich Stromsparen lohnt, weil überdurchschnittlicher Verbrauch und Verschwendung kostspielig werden. Damit die Energiewende für alle erschwinglich wird, brauchen wir daher keine Erhöhung der Verbrauchssteuern, sondern eine Umverteilung von Oben nach Unten – z.B. durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Millionärssteuer und durch eine kluge Transferpolitik, wie das im „PLAN B“ vorgeschlagene Umwelt-Transaktions-Einkommen (UTE).

3. Mehr Mitspracherecht der Betroffenen vor Ort bei der Planung und Durchführung von großen Infrastrukturprojekten. Auf diese Weise wird nicht nur die demokratische Teilhabe gestärkt, sondern es wird auch die Durchsetzung von irrsinnigen Großprojekten be- oder verhindert.

4. Schrumpfung und Konversion beschreiben die Wirtschaftsstrategie eines Red-Green-Deals: Ökologische Wohnprojekte statt Flächen zersiedelnden und versiegelnden Einfamilienhäusern, Carsharing und gut ausgebauter und kostenfreier ÖPNV statt automobiler Individualverkehr oder ein gemeinsamer Technikpool wären Elemente einer auf Schrumpfung orientierten Ökonomie bei gleichzeitigem Anwachsen der Lebensqualität. Die Konversion ökologisch schädlicher Produktionen in ökologisch sinnvolle würde auch nicht zur allseits gefürchteten Massenerwerbslosigkeit führen.

Gegenwärtig sind wir von einem Red-Green-Deal oder einem „PLAN B“ noch weit entfernt. Selbst die kurzfristige Hoffnung auf eine Energiewende in Deutschland, für deren Durchsetzung es nicht der Einsicht in die ökologische Notwendigkeit, sondern der fürchterlichen Atomkatastrophe von Fukushima bedurfte, schwindet. Die sogenannte Reform des EEG von Wirtschaftsminister Sigmar

Gabriel macht aus dem Ausstieg aus der Atomenergie ein Belebnungsprojekt für die Braunkohle. Die Große Koalition betreibt einen ökologischen Rollback. Statt intensiver Förderung der regenerativen Energien werden diese gedrosselt. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund, dass Kohle- und Atomenergie bis zum Jahr 2012 mit rund 430 Mrd. Euro, die regenerativen Energien aber nur mit 54 Mrd. Euro gefördert wurden, politisch vollkommen grotesk und ökologisch verantwortungslos.

Gabriels Politik stärkt die Kohle und könnte letztlich dazu führen, dass früher oder später Sachzwänge für den Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomwirtschaft geschaffen werden. Die aktuelle Debatte um die Übernahme der Atomwirtschaft durch eine Bundesstiftung mit dem Ziel der Energiekonzerne, ihr wirtschaftliches Risiko für den Abbau der AKWs auf die Gesellschaft zu übertragen, lässt grüßen. Dies ist übrigens vor dem Hintergrund der Milliarden-Subventionierung an Dreistigkeit kaum noch zu überbieten.

Das Heft, das ihr heute in den Händen haltet, ist dem 20. Jahrestag der Ökologischen Plattform gewidmet. Ich sage herzlichen Glückwunsch und freue mich auf weitere gute Arbeit der Plattform.

Nie waren sie sich so nah wie heute

Die LINKE und die Ökologie. Rückblick auf 20 Jahre Graswurzelarbeit

Eva Bulling-Schröter

Kurz nachdem ich 1994 erstmals in den Bundestag einzog, schlug mir Gregor Gysi vor, in den Umweltausschuss zu gehen. Er sagte: „Du kommst aus einem Betrieb, da bringst du die richtige Einstellung mit.“ Er meinte die Erfahrung mit dem, was in einem Betrieb erforderlich ist, aber auch was hinsichtlich des Umgangs mit Gefahrenstoffen verändert werden kann. Ich war als Betriebsrätin zuständig gewesen für Umwelt und hatte mich in der Fraktion für diesen Bereich beworben. Damals hatten die Landwirte in der PDS noch Befürchtungen, dass die Kritik an Pestiziden und andere Umweltthemen die Partei kaputt machen würden.

Zuerst stritt ich weitgehend allein in unserer Fraktion für die Umweltthemen. Ökologie und Nachhaltigkeit waren nicht gerade ein Schwer-

punkttHEMA in den Anfangsjahren der PDS und darum war es sicher logisch und klar, dass sich die Ökobewegung in der damaligen PDS formierte und versuchte zu Wort zu kommen und auch die Partei mit zu prägen.

Für mich war es Graswurzelarbeit, denn Ökologie war in der PDS ein Nischenthema. Das Grundlegende, Existenzielle an der ökologischen Frage wurde nicht gesehen. Doch langsam wandelte sich etwas. Als ich auf dem Münsteraner Parteitag im Jahr 2000 gesagt habe, dass eine sozialistische Partei nur eine ökologische sein kann oder sie ist keine, habe ich dafür viel Beifall erhalten.

Seit 20 Jahren gibt es nun eine ökologische Plattform und fast genauso lang bin ich Mitglied im Umweltausschuss des deutschen Bundestages, vier Jahre davon war ich Vorsitzende. Mein

Dank gilt den Genossinnen und Genossen der Plattform für ihre solidarische Begleitung, Rat und Tat und ihr unermüdliches Agieren.

Wer hätte damals gedacht, dass DIE LINKE oder vorher die PDS jemals UmweltministerInnen stellt - heute ist das Realität und fast schon Normalität. Doch es war ein langer Weg und noch ist ökologisches Denken in der LINKEN nicht zu einer Haupttriebfeder geworden. Allerdings werden Ökologie und Nachhaltigkeit immer mit dem Sozialen zusammen gedacht. Wir wollen keinen grün lackierten Kapitalismus und darauf bin ich stolz.

Konflikte um Sachthemen gab es genug: da waren zu Beginn die Debatten um die Gentechnik, die viele GenossInnen eben als notwendig sahen, vor allem auch aus Sicht der Ernährungssicherheit und der Bekämpfung des Hungers in den armen Ländern. Heute sind wir die Partei, die diese Technologie am schärfsten ablehnt und sich auch an Aktionen gegen die Gentech-Konzerne beteiligt. Das ist praktizierter Antikapitalismus und steht uns gut an.

Heute streiten wir erbittert über die Frage von Braunkohleverstromung und welchen Stellenwert die Arbeitsplätze gegenüber der Bekämpfung des Klimawandels haben dürfen. Diese Konflikte sind nicht einfach. Sie zeigen ein innerparteiliches Dilemma auf, haben aber auch etwas mit Glaubwürdigkeit in Regierungsverantwortung zu tun.

Es ist falsch, sich gegen die Natur und für soziale Verantwortung zu entscheiden, ebenso wie man ökologische Entscheidungen nicht gegen sozial Benachteiligte treffen sollte - beides gehört zusammen wie zwei Seiten einer Münze. Wer das nicht sieht, denkt kurzfristig. Als die rot-grüne Regierung 1999 die ökologische Steuerreform beschloss, haben wir LINKE diese massiv kritisiert, weil sie nicht für mehr Steuergerechtigkeit sorgte. Heute weiß man, was wir damals schon ahnten, dass diese Steuer nicht einmal ökologische Lenkungswirkung hat.

Einen Durchbruch brachte wohl die Energie- und Klimaschutzkonferenz der LINKEN 2007 in Hamburg. Da haben wir es endlich geschafft, dass sowohl der Parteivorstand als auch die Fraktion Energie- und Klimapolitik als einen Schwerpunkt benannt haben. Das war viel Arbeit. Seit 2010 steht die „Zentralität der ökologischen Frage“ nun endlich sehr deutlich im LINKEN Programm.

Klimawandel und der Atomausstieg, von vielen Menschen immer noch hauptsächlich den Grünen zugeschrieben, haben inzwischen einen hohen Stellenwert bei uns. Gerade hier zeigt sich ganz deutlich, wie Konzerne ihre Konzernmacht gegenüber der Bevölkerung und den Regierungen mit ihrer Lobby ausspielen.

Unsere Beteiligung an Demonstrationen für den sofortigen Atomausstieg, gegen Castor-Transporte nach Gorleben, für die Bergung des Atom Mülls aus der Asse, gegen Megaprojekte wie Stuttgart 21 und für Nachtflugverbote haben sicher dazu beigetragen, dass wir bei Bürgerinitiativen als Partnerin anerkannt wurden und inzwischen auch geschätzt werden - und immer waren VertreterInnen der ökologischen Plattform mit dabei. Sie haben kontinuierlich und beharrlich dafür gesorgt, dass die Ökologie heute bei der LINKEN zu den Kernpunkten gehört.

Als mir die Immunität im Bundestag wegen eines Aufrufes zur „Schienendemontage“ am AKW Gundremmingen entzogen wurde, habe ich viel Solidarität erlebt, gerade und auch von der Ökologischen Plattform, während die Grüne Kollegin von ihrer Partei eher abgemahnt wurde.

Frühzeitig begannen wir mit Konferenzen zu einer Definition des Begriffes „Nachhaltigkeit“ von LINKS und dies floss dann in den PLAN B ein, den die Fraktion in der letzten Legislatur veröffentlichte und der breit diskutiert wurde. Am PLAN B, unserem Projekt zum sozial-ökologischen Umbau beteiligen sich mittlerweile Wirtschafts- und VerkehrspolitikernInnen, Agrar- und VerbraucherschutzpolitikernInnen aus der Fraktion. Ich bin also schon längst keine Alleinkämpferin mehr im Bundestag, und das ist gut so.

Nach wie vor steht die Frage: Wie kann DIE LINKE Einfluss darauf nehmen, dass wir hier in diesem Land mithelfen, den ökologischen Wandel so durchzusetzen, dass er gelingt und auch sozial unterfüttert wird. Dazu brauchen wir noch viel mehr MitstreiterInnen, GenossInnen vor Ort, Wissen, Konsequenz und Herzblut.

Die ökologische Plattform ist ein großer Teil dieser Bewegung und wird weiter gebraucht, notwendiger denn je, denn sie ist auch Aushängeschild einer modernen zukunftsorientierten Bewegung und Partei. Ein Jubiläum ist dazu da, sich über das Erreichte zu freuen und die Arbeit zu ehren. Es bedeutet aber auch, dass man schon

lange an etwas arbeitet und dabei älter geworden ist. Wir sollten darüber nachdenken, warum sich die Jungen heute mehr denn je und lieber in der ökologischen Bewegung engagieren als in unserer Partei. Wir sollten darauf achten, für unsere Arbeit frühzeitig mehr junge Menschen zu gewinnen, die unser Projekt fortführen.

Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um eine Energie oder eine Mobilität ohne CO₂ machen vor unserer Haustüre nicht halt. Als linke Partei haben wir eine Verantwortung auch und gerade gegenüber denjenigen Menschen, die akut und direkt vom Klimawandel betroffen sind. Das heißt auch für mich konsequentes Verhalten für GenossInnen in Verantwortung. Und das müssen wir auch einfordern!

20 Jahre Ökologische Plattform

Dank für 20 Jahre Kampf für ökologisches Profil der PDS/Partei DIE LINKE

Wolfgang Methling

Seit fast 25 Jahren bemühen sich ökologisch Engagierte in und bei der PDS bzw. der 2007 gegründeten Partei DIE LINKE um die ökologische Profilierung der Partei in der Programmatik und praktischen Politik auf Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Der Gründungskonsens der aus der SED hervorgegangenen PDS beinhaltete viele Schlussfolgerungen aus den Ursachen der Fehlentwicklungen und dem Scheitern des sozialistischen Gesellschaftsmodells in der DDR und in den ehemaligen sozialistischen Ländern. Der Bruch mit dem Stalinismus als System bedeutete, dass die neue **Partei des demokratischen Sozialismus** tatsächlich demokratisch, sozial, solidarisch, friedlich und ökologisch sein musste. Losungen auf Parteitag und Konferenzen brachten diesen Anspruch immer wieder zum Ausdruck. Unsere gemeinsame Schlussfolgerung und Leitlinie war und ist, dass ökologisch Engagierte nicht unbedingt Sozialisten sein müssen, aber wahre Sozialisten ökologisch engagiert sein müssen. Die immer deutlicher werdenden Belastungen und Zerstörungen der Umwelt, der Rückgang der biologischen Vielfalt, der rasant voranschreitende Klimawandel, die Begrenztheit der Energie- und Rohstoffressourcen erfordern gerade von einer sozialistischen Partei, die die Weichen für eine nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung hin zu einer ausbeutungsfreien, sozial

In der Wachstumsdiskussion sind wir schon ein Stück weitergekommen. Der Begriff wird von unseren GenossInnen immer mehr hinterfragt, denn inzwischen ist vielen klar, dass damit eben nicht unbedingt gute Arbeit, sondern Ressourcenverbrauch und prekäre Beschäftigung verbunden sind.

Deshalb sind wir gut beraten, wenn wir uns noch stärker in die Debatten und in den Protest gegen das Freihandelsabkommen von Europa mit den USA einbringen und gleichzeitig weiter für eine konsequente und sozial verträgliche Energiewende streiten. Wir sind es den Menschen, den Tieren und unserer Umwelt schuldig.

Auf die nächsten 20 Jahre!

gerechten Gesellschaft stellen will, dass sie in ihrer Programmatik und praktischen Politik dem selbst bestimmten Anspruch gerecht wird.

Aber es zeigte sich, dass die ökologische Profilierung der Partei, die sich vor allem als Partei der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens versteht, ein schwieriges Unterfangen ist. Es dauerte noch lange bis zu einer wirklich ökologischen Durchdringung der Programmatik und Politik der Partei. Bei Zielkonflikten zwischen sozialen und ökologischen Erfordernissen wurde und wird meistens den sozialen Fragen Priorität eingeräumt, obwohl eigentlich allen klar sein sollte, dass dauerhaft vernachlässigte ökologische Anforderungen langfristig negative Folgen für die soziale Entwicklung haben. Erst die Diskussion zum **Programm** der LINKEN von **2011** brachte mit der Postulierung der **Zentralität der ökologischen Frage** den Durchbruch. Seitdem gehört der sozial-ökologische Umbau grundsätzlich zu den zentralen Säulen der Programmatik und Politik der Partei. Das fand seinen Niederschlag vor allem in den Diskussionen und Entscheidungen zum **PLAN B für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft** der Bundestagsfraktion 2012, zum **Bundestagsprogramm 2013** und zum **Europawahlprogramm 2014**.

An dieser Entwicklung haben viele Einzelakteure und in Arbeitsgemeinschaften organisierte Linke,

vor allem aus den Ost-Landesverbänden der PDS/LINKEN großen Anteil. Aber ein geschlossenes, organisiertes Handeln der Ökologen bildete eher die Ausnahme. Das änderte sich mit der Gründung der **Ökologischen Plattform (ÖPF)** im Jahr **1994**. Ihre Gründung war ein markanter Entwicklungsschritt zur ökologischen Profilierung der Partei. Die vielfältige ökologische Kompetenz und das Engagement vieler Aktiver wurden auf

An alle Interessentinnen
für eine

ÖKOLOGISCHE PLATTFORM bei der PDS/LL Baden-Württemberg

Liebe Leute,

in den vergangenen sechs Wochen haben ca. dreißig Menschen aus Baden-Württemberg ihr Interesse an einer Ökologischen Plattform kundgetan. Diese positive Resonanz läßt hoffen, daß aus der Sache was werden könnte. Zu einem ersten Treffen möchte ich Euch deswegen alle auf

Samstag, den 11. Februar, 14.30 Uhr

in das Naturfreunde-Stadtheim Fuchsrain
Neue Straße 150, 70186 Stuttgart
Tel. 0711/466504
(Jugendraum)

einladen.

diese Art gebündelt. Die ÖPF organisiert regelmäßig Treffen und Konferenzen. Sie steht in der Tradition des Kommunisten, Ökologen und aktiven Naturschützers Kurt Kretschmann und gewann auch parteilose Linke für die Zusammenarbeit mit der Partei. Sie war und ist kritische Begleiterin der Politik der Partei, ihrer Repräsentanten und Fraktionen auf allen Handlungsebenen. Der bis heute sehr aktive Sprecherrat ist ein zuverlässiger Partner bei der Entwicklung und Verbreitung von Konzeptionen in den verschiedenen Bereichen von Umwelt-, Natur-, Ressourcen- und Klimaschutz, Energiepolitik, Bau, Mobilität, Landwirtschaft und Ernährung. Durch die Publikationen in der Reihe **Umweltpolitische Beiträge** und die Quartalszeitschrift **Tarantel** macht die ÖPF die ökologische Kompetenz der LINKEN öffentlich. Die ÖPF ist weiterhin eine unverzichtbare Partnerin bei der Vorbereitung und Durchführung ökologischer Konferenzen der Partei. Die nächste wird hoffentlich 2015 stattfinden können.

Gegenüber der Arbeit der ÖPF und ihrer Vertreter gibt es bei aller Anerkennung ihres Wirkens auch eine gewisse Reserviertheit bei Führungskräften und Mitgliedern der Partei. Das hat sowohl inhaltliche als auch formale und stilistische Gründe. Die Positionen der ÖPF erscheinen oftmals anderen ökologisch Engagierten als zu radikal, elitär, unrealistisch, zu wenig auf das Machbare

in der praktischen Politik gerichtet. Dieses wird durch Vorbehalte der ÖPF gegenüber AkteurInnen auf parlamentarischer und Regierungsebene gefördert. Daraus ergibt sich eine aus meiner Sicht unproduktive Polarisierung zwischen der ÖPF, ParlamentarierInnen und anderen ökologisch Engagierten. Auch die Art mancher Veranstaltung der ÖPF besitzt für nicht wenige andere ÖkologInnen nicht ausreichende Aktivität. Viele Engagierte verzichten auch deshalb auf die Mitgliedschaft in der ÖPF, weil sie eine Einordnung in Schubladen vermeiden wollen, die der Gewinnung von Mehrheiten entgegensteht. Bei aller Übereinstimmung in den Zielen gibt es z. T. unterschiedliche Auffassungen zum praktischen Agieren und für die Gewinnung von Mehrheiten in Vorständen, der Partei und in der Gesellschaft. Auch für mich persönlich waren das Gründe, nicht Mitglied der ÖPF zu werden. Ich habe jedoch stets die inhaltliche und organisatorische Zusammenarbeit mit der ÖPF und ihren VertreterInnen gesucht und gefördert. Das galt für meine Zeit als Umwelt- und Agrarwissenschaftler an der Universität Rostock, als Sprecher der LAG Umweltpolitik Mecklenburg-Vorpommerns, als Umweltminister, als Landtagsabgeordneter, als umwelt-, energie- und agrarpolitischer Sprecher des Parteivorstandes der PDS/DIE LINKE von 2003 bis 2014, Sprecher der BAG Umwelt/Energie/Verkehr von 2002 bis 2011. Ich habe häufig an Sitzungen des ÖPF-Sprecherrates, an ihren Treffen und Konferenzen teilgenommen. Vertreter der ÖPF waren regelmäßig Gäste der Beratungen der BAG. In besonderer Erinnerung sind mir Diskussionen zu meinen Vorträgen über die Umwelt-, Klimaschutz- und Energiepolitik in Mecklenburg-Vorpommern (MV), zu Alleinstellungsmerkmalen linker Umweltprogramm- und -politik sowie unsere konstruktiven Diskussionen und Anträge zur Erarbeitung und Bewertung von Partei- und Wahlprogrammen. Einer der aktivsten ÖPF-Sprecher war Marko Ferst, den ich trotz mancher Unterschiede in den Auffassungen sehr schätze. Marko hatte für eine Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung meine Arbeit als Umweltminister in MV bewertet. Er war durchaus kritisch, aber auch fair. Er machte deutlich, dass selbst bei sehr engagierter und guter Arbeit eines Umweltministers grundlegende ökologische Weichen auch von anderen Ministerien (Wirt-

In eigener Sache

schaft, Energie, Verkehr, Landwirtschaft) gestellt werden.

Neben der Ökologischen Plattform sind auch die **Beratungsrunden der umwelt-, energie-, verkehrs- und agrarpolitischen SprecherInnen** wichtige Gremien der Abstimmung und Aktivierung der ökologischen Arbeit linker Politik. Im Jahr 2002 gründeten wir die **Bundesarbeitsgemeinschaft Umwelt/Energie/Verkehr** als ein Sammelbecken möglichst vieler ökologisch Engagierter innerhalb und außerhalb der Parlamente, innerhalb und außerhalb der ÖPF und anderer Arbeitsgemeinschaften (Agrarpolitik, Wirtschaftspolitik). Äußerer Anlass war der Wegfall einer Fraktion im Bundestag nach den schlechten Wahlergebnissen 2002. Aber eigentlich wäre dieser Schritt auch ohne diesen Anlass erforderlich gewesen. In diesem Rahmen und durch die enge Zusammenarbeit mit der ÖPF haben wir immer erfolgreicher bei der Erarbeitung von Partei- und Wahlprogrammen (2007, 2009, 2011, 2013, 2014) agieren können. Das ist auch umso besser gelungen, als wir die ökologischen Fragen, Probleme und Lösungsansätze unter dem Dach des **sozial-ökologischen Umbaus** mit der Sozial-, Wirtschafts-, Eigentums-, Demokratie-, Bildungs- und Friedenspolitik verbunden haben. Diese Verbindung der entscheidenden Politikfelder ist ein Alleinstellungsmerkmal der Politik der LINKEN in Deutschland. Das ist ein Pfund, mit dem wir noch

viel mehr wuchern müssen. Diese Aufgabe kommt vor allem dem Führungspersonal der Partei und der Fraktionen auf allen Ebenen zu. Das Vermitteln des ökologischen Profils in die Öffentlichkeit muss Chefsache sein, sonst brauchen wir noch sehr lange, um diese frohe Botschaft in die Gesellschaft zu tragen. Wir waren mit den Ergebnissen der Abstimmung in der Programmkommission, im Parteivorstand und auf den Parteitagen nicht immer zufrieden, aber unsere gemeinsamen Programmgruppen haben große Anerkennung bei Parteivorstand, Programmkommissionen und anderen IG/AG/Plattformen gefunden. Damit haben wir gemeinsam wesentlich zur ökologischen Profilierung der Partei DIE LINKE beigetragen. Das kommt auch in der zunehmenden Wertschätzung durch Umweltverbände und -vereine (BUND, NABU, Naturfreunde, Eurosolar, SFV u. a.) zum Ausdruck, auch wenn die öffentliche Wahrnehmung durch Medien noch völlig unbefriedigend ist.

Die **Ökologische Plattform** hat durch ihr **20-jähriges Wirken** einen sehr großen Anteil an der Ökologisierung der Partei DIE LINKE. Dafür ist ihr die Partei und bin ich persönlich zu großem Dank verpflichtet. Ich gratuliere zu dem bemerkenswerten Jubiläum und **danke stellvertretend** für die über 500 Mitglieder der ÖPF ganz besonders **Manfred Wolf, Marko Ferst, Götz Brandt und Wolfgang Borchardt!**

Der Anfang

Manfred Wolf

Nach der so genannten Wende hat mich immer wieder der Gedanke beschäftigt, wann und wie man jetzt den Menschen die Idee von einer besseren Welt wieder plausibel machen kann. Den Menschen in Westdeutschland, die schon lange meinten, dass sie im Verhältnis zur gewesenen DDR in dieser besseren Welt lebten, und jenen aus der DDR, die jetzt glaubten, nun endlich auch dieser besseren Welt teilhaftig geworden zu sein. Es schmerzte sich vorzustellen, dass die Idee des Sozialismus oder wie immer man eine bessere Welt ohne Ausbeutung, ohne Streben nach Maximalprofit, ohne Ressourcen- oder andere Kriege, ohne Naturzerstörung bezeichnen würde, wegen der Gesetzlosig- und Unfähigkeiten in den gewesenen sozialistischen Ländern für immer oder

lange Zeit diskreditiert oder gar widerlegt sein sollte. Denn dass es für lange Zeit so sein sollte – dafür sorgten und sorgen die vermeintlichen Sieger der Geschichte mit wachsender Intensität. Welcher Umstand also, welcher Missstand oder welche Entwicklung der gegenwärtigen kapitalistischen Welt würde die Menschen von der Notwendigkeit der Überwindung auch dieser noch obwaltenden gesellschaftlichen Ordnung hin zu einer neuen und besseren überzeugen können? Es gibt viele Missstände der kapitalistischen Gesellschaft, mit denen sie auch immer wieder gut anzuprangern ist. Für Linke, so auch für unsere Partei, ist es aber wichtig, nicht nur die Missstände zu bekämpfen, sondern die Gesellschaft selbst, die diese gebiert.

Wir haben zwar nicht das Patentrezept, aber eine Menge Rezepte gegen Schweinepest und Rinderwahn:

Mintabbal

(Auberginen-Mus)

Zutaten:

2 mittelgroße Auberginen
2 Eßlöffel Olivenöl
2 Eßlöffel Sesampaste
1/8 l Vollmilch-Joghurt
1 Knoblauchzehe
der Saft einer Zitrone
Salz

Zuerst werden die Auberginen in Scheiben geschnitten und mit der Schale gegart. Dazu kann man sie in der Pfanne mit Olivenöl anbraten oder man legt sie bei 200 °C auf die oberste Schiene des Backofens.

Die gegärten Auberginen werden mit der Gabel zerdrückt oder mit dem Mixer vorsichtig püriert. Mit Salz, dem Joghurt und einer zerdrückten Knoblauchzehe vermischen. Die Sesampaste mit dem Zitronensaft verrühren und daruntermischen.

Eventuell mit Walnüssen, scharfem Rosenpaprika oder gehackter Petersilie dekorieren.

Sesampaste ist in Naturkostläden oder türkischen Geschäften als „Taha“ erhältlich.

Quelle: Karkali, D.: Das Bauhandbuch, memo Sachbuch 7/62.

Die PDS Kreuzberg ist umgezogen.

Neue Adresse:

PDS Kreuzberg
Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin
Telefon 694 92 54 (FAX 694 93 54)



In der Wendezeit, also Anfang der 1990er Jahre, trat ein schier unlösbares Problem immer deutlicher ins Bewusstsein der Menschen, die ökologische Frage, die Sicherung der natürlichen Lebensbedingungen des Menschen. Schier unlösbar erschien und erscheint sie deshalb, weil sie unmittelbar mit dem Bestehen der kapitalistischen Gesellschaft verbunden ist, ja durch die Produktions- und Lebensweise der Gesellschaft ständig reproduziert und weiter verschärft wird.

Die ökologische Frage beschreibt alle Gefahren, die ausgehend vom Menschen in seinen gesellschaftlichen Strukturen über die Belastung und fortlaufende Zerstörung der natürlichen Umwelt wiederum die Existenz des Menschen bedrohen. Bedroht sind in diesem Falle nicht nur Teile oder soziale Schichten der Gesellschaft, wie es durch manche andere Missstände der kapitalistischen Gesellschaft der Fall ist, sondern, abgesehen davon, dass es die Armen zuerst und am härtesten trifft, tatsächlich alle Menschen, denn alle Menschen müssen saubere Luft atmen, sauberes Wasser trinken, saubere Früchte essen.

Nichts lag näher, als dass es gerade die ökologische Frage sein könnte, ja müsste, die den Gedanken an eine andere als die kapitalistische Gesellschaft, an eine bessere, gerechte, friedliche Welt bei den Menschen befördern könnte. Dieser Zusammenhang war deutlich zu machen.

Welche politische Kraft in Deutschland wenn nicht DIE LINKE, unsere damalige PDS, sollte und konnte sich dieser Aufgabe annehmen?

Nur die PDS war als einzige politische Kraft nicht mit der kapitalistischen Ordnung verbandelt, daher konnte nur sie mit der ökologischen Frage

auch die Systemfrage stellen. Die ökologische Frage musste deshalb in der Programmatik und Politik der PDS zu einer der wichtigsten Fragen im Verbund mit der sozialen Frage aufsteigen. Das war für eine Partei, die aus der Tradition einer Arbeiterpartei mit Schwerpunkt des Kampfes für soziale Rechte kam, nicht mit Links zu machen. Eine zusätzliche Kraft ökologisch engagierter GenossInnen und SympathisantInnen bei der Partei, die auch mit gewissem Nachdruck ihre Positionen entwickeln und vertreten konnte, sollte dabei helfen: eine Ökologische Platt-

form.

Verschwiegen werden soll an dieser Stelle nicht eine gewisse Hoffnung auf das Mitwirken von vormalig in der DDR mit der Sache befasster WissenschaftlerInnen bzw. MitarbeiterInnen einschlägiger staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen – eine Hoffnung, die sich im Weiteren jedoch nicht erfüllte.

In dieser Zeit gedanklicher Befassung mit dem Projekt erschien im Februar 1994 in der Zeitung „Neues Deutschland“ eine Einladung zu einem Vortrag im Karl-Liebknecht-Haus. Einlader war Andre Brie, damals Mitglied im Parteivorstand der PDS. Ein gewisser Marko Ferst sollte zum Thema „Soziale und ökologische Frage – wie Feuer und Wasser?“ sprechen. Das müsste, so hoffte ich, die Gelegenheit sein, um die Gründung einer Plattform anzuregen und vielleicht auch gleich erste Schritte dazu zu gehen. Tatsächlich blieben dann auch nach der Veranstaltung einige Interessierte im Raum, die bei der Vorbereitung mittun wollten. Unter ihnen auch Marko Ferst. Dieser erwies sich, obwohl damals erst 24 Jahre, aber in ökologischen Fragen äußerst belesen, als außerordentlicher Glücksfall für das Projekt. Er war seit ihrer Gründung für viele Jahre eine zentrale Figur in der Plattform, ohne den sie nicht das hätte leisten können, was sie schließlich geleistet hat. Die notwendigen Arbeiten zur Vorbereitung der Gründung, insbesondere die Formulierung einer Gründungserklärung, gingen in den folgenden Wochen zügig voran, so dass die Gründung der Plattform durch die Erklärung vom 24.6. 1994 bekannt gegeben werden konnte.

Natürlich hatten die Gründungsmitglieder der Plattform nicht die Absicht, eine weitere Umweltschutz-Organisation in Deutschland zu schaffen oder sich mit einem Engagement für end-of-pipe-Lösungen um den Bestand der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise verdient zu machen. Es ging ihnen auch nicht darum, dass sich die PDS zu einer weiteren grünen Partei in Deutschland entwickelt, die zusätzlich bei der Begründung des Kapitalismus mithilft. Ihr kam die Aufgabe zu, und sie war und ist als einzige Partei in Deutschland dazu berufen, die ökologische Frage so zu stellen, dass die Unsinnigkeit der kapitalistischen Profitwirtschaft für den Erhalt

der natürlichen Lebensbedingungen der Menschen offensichtlich wird. Nur diese Partei konnte – und das war und ist ihre dringlichste Aufgabe überhaupt – den Weg aus dem Dilemma heraus zeigen, indem sie die ökologische mit der sozialen Frage zur Systemfrage verband.

Die Gründungsmitglieder waren der Meinung, dass diese Aufgabenstellung in der Mitte der 1990er Jahre noch nicht zum Allgemeinverständnis in der Partei gehörte. Sie wollten dazu beitragen, dass es so wird. Es galt die Aufgaben richtig zu stellen und die Kräfte rationell einzusetzen. Dafür kamen bald viele engagierte und kompetente MitstreiterInnen zur Plattform.

20 Jahre Ökologische Plattform Einige Gedanken zum runden Datum

Marko Ferst

Am 7. Februar 1994 erschien im Neuen Deutschland ein größerer Artikel, den ich „Elemente ökosozialer Rettungspolitik“ getitelt hatte, etwas gekürzt kam er mit anderer Überschrift und Verweis auf eine Diskussionsveranstaltung zwischen André Brie und mir am selben Tag. In der anschließenden Diskussion schlug Manfred Wolf vor, eine Ökologische Plattform im Rahmen der PDS zu gründen. Ich befürwortete eine solche Idee sofort. Wenn es eine treibende Kraft geben würde in der Partei, die auf die ökologische Zivilisationskrise hin, Parteipolitik beeinflussen würde, ebenso wirkmächtig wie die Kommunistische Plattform es damals noch tat, dies schien in der Tat ein Schritt nach vorn zu sein. So wurde alsbald eine Gründungserklärung erarbeitet und bereits am 24. Juni 1994 erblickte die neue Struktur das Licht der Welt.

Über die Jahre kam einiges an Veranstaltungen und Initiativen zusammen, freilich medial so interessant wie die Kommunistische Plattform wurde der Ökologische Flügel der Partei bislang nicht. Das liegt auch daran, daßs man die Partei damit nicht so vorführen konnte, als sei sie immer noch ewiggestrigem Denken verhangen. So gab es in der Ökologischen Plattform neben den jährlichen Bundestreffen etwa eine Anti-Atom-Konferenz und Tagungen zu zahlreichen anderen Themen und Fragestellungen, mitunter zusammen

mit weiteren Arbeitsgemeinschaften der Partei. Auf Anregung Lothar Biskys konnte 1999 eine große Umweltkonferenz der Gesamtpartei stattfinden, 1996 diskutierten Bahro, Bisky und ich in der Humboldt-Universität. Dank Parteitagsanträgen konnte durchgesetzt werden, dass sich eine Tagung eines Parteitags den Themen Nord-Süd, Feminismus und Ökologie widmete, auch wenn die inhaltliche und strukturelle Anlage derselben dann deutlich unter den Möglichkeiten blieb.

2002 bildete sich um Wolfgang Methling, damals noch Umweltminister in Mecklenburg-Vorpommern, eine weitere Arbeitsgemeinschaft zu Umwelt, Energie und Verkehr, die stärker von der parlamentarischen Arbeit mitgeprägt wurde. Noch in den 1990er Jahren gab es mit Peter Schott einen hauptamtlichen Mitarbeiter für Umweltfragen im Parteivorstand. Dass es dort heute keinen Ansprechpartner und Berater für den Themenbereich Umwelt gibt, ist sicher eine große organisatorische Schwäche, die jeder Bundesgeschäftsführer im je eigenen Interesse korrigieren sollte. Halbwegs gut, mitunter gestärkt, überstanden auch die Arbeitsgemeinschaften und Plattform in der PDS und später in der LINKEN die Versuche, ihre Arbeit einzuschränken, Parteitagsmandate zu streichen und andere Hindernisse. Es gab mehrfach Versuche, die Möglichkeiten dieser weitgehend ehrenamtli-

chen Strukturen einzuschränken, so unterschiedlich im einzelnen deren Arbeitsweise sein mag und vielleicht verbessert und effizienter gestaltet werden könnte. Für die Ökologische Plattform gingen solche Drücke auch immer mit einer Überprüfung der eigenen Aktivitäten einher und hatten insofern indirekt innovativen Charakter.

Jenseits von überholten Parteiengesetzen wäre es ohnehin von großem Vorteil, hätten solche Strukturen eine stärkere Basis und Unterstützung in der Partei, denn die weitgehend kommunale Ausrichtung von Parteimitgliedern ist nicht unbedingt für jeden ein attraktives Betätigungsfeld. Für die ökologische Perspektive in der Partei sind natürlich diese Arbeitszusammenhänge von eminenter Bedeutung, weil ohne diese die Ökologie fast völlig unter den Tisch fallen würde. Dazu ist es freilich notwendig, dass das Klima in den Zusammenschlüssen kooperativ ausgerichtet ist und zum Mitmachen einlädt und aktive Mitglieder nicht vergrault werden. Ja, selbst das problematische Verhalten einzelner, kann die gesamte Arbeit erheblich beeinträchtigen.

Dennoch stellt sich die Frage, ob Rudolf Bahro nicht Recht hatte, wenn er meinte, dass die Logik der ökologischen Zivilisationskrise in den Parteien zuallerletzt verstanden wird. Wenn man sich unser Parteiensystem anschaut, kommt man nicht umhin, dieser Erkenntnis eine gewisse Relevanz einzuräumen. Die Jagd nach Wählerstimmen verträgt sich nur sehr eingeschränkt mit den unbequemen Wahrheiten hinter unserer

konsumistischen Lebensweise auf system-kapitalistischem Boden. Auch DIE LINKE verteidigt hier Terrain, das früher oder später ohnehin aufgegeben werden muss. Freilich sollten dazu in einem viel umfassenderen Sinn gerechte Verhältnisse eingerichtet werden, sozial um ein Vielfaches ausgewogener, wie dies teils auch in der LINKEN diskutiert wird.

Herbert Gruhl hatte in „Himmelfahrt ins Nichts“ als Konservativer schon richtig eingeschätzt, uns kann die Gesellschaft hier relativ schnell um die Ohren fliegen und die möglichen totalitären Optionen, die eingeschlagen werden könnten, will am Ende niemand gewollt haben. Freilich darf man sich keine Illusionen mehr machen: So wie die Gesellschaften in ihren fortschrittssüchtigen Entwicklungspfaden fest hängen, auch mit Blick auf die nachholende Industrieentwicklung in Ländern wie China, Basilien, Indien usw. befinden wir uns im Endstadium dieser Zivilisation. Sie wird zerfallen und die Endprodukte werden uns vermutlich alle ratlos verstummen lassen. Das wird das Ergebnis unseres heutigen Politikversagens sein und die Konsequenz nicht geführter gesellschaftlicher Debatten und gezogener Konsequenzen für die globale Zukunft. Die jetzigen Interessen dominieren, die langfristigen Balancen interessieren uns bestenfalls verbal. In der Praxis ignorieren wir sie in den meisten Fällen.

Sicher müssen die praktischen Erfordernisse umweltpolitischer Herausforderungen in den Parlamenten bearbeitet werden. Wie kann sich

**Karl Liebkecht Haus
Ökologische Plattform
Peter Schott
Kleine Alexanderstr. 28
10 178 Berlin**

Lieber Genosse Peter,

gibt es eigentlich außer mir noch jemanden von der Ökologischen Plattform in Bayern? Wenn ja, teile mir das doch bitte mit damit wir zusammenarbeiten können. Wenn nicht, stelle ich mich als Kontaktadresse für die Ökologische Plattform in Bayern zur Verfügung. Mein politischer Werdegang führte über die Grünen, die ich ziemlich von Anfang an mitmachte. Vor Jahren schon verließ ich sie wegen der sich abzeichnenden Rechtsentwicklung. Jetzt bin ich seit letztem Jahr in der PDS.

In eigener Sache

die Gesellschaft schneller zu 100 % solar mit Strom und Wärme versorgen und aus dem fossilgetriebenen Verkehr aussteigen? Dem rot-schwarzen Schneckengang bei der Energiewende gilt es Paroli zu bieten und man muss nicht jeden Vorschlag der Grünen ablehnen, weil die Kollegen oft zwei Schritte weiter sind als unsere führenden Genossen, wenn es um ökologische Akzente geht. Das schließt Fehlentscheidungen nicht aus, wenn man an die Restlaufzeiten von Atomkraftwerken denkt oder ihre Einstellung zu kriegerischen Eingriffen. Sie haben aber auch nicht das Problem noch ein paar Kohlelobbyisten in ihren eigenen Reihen zu haben.

Selber habe ich mich aus der Arbeit der Ökologischen Plattform weitgehend zurückgezogen, was einzelne Unterstützung nicht ausschließt oder den ein oder anderen Artikel. Meine Texte aus mehr als anderthalb Jahrzehnten aktiver Arbeit, werde ich, wenn es die Kräfte zulassen, auch in Buchform publizieren. Vielleicht sind sie anderen noch nützlich. Die Entscheidung des Ausstiegs wäre so sicher nicht gefallen, wenn es nicht eine massive gesundheitliche Schlagseite gegeben hätte mit all den unschönen Verwerfungen in der gesamten Lebensführung, die dies im Schlepptau führte. Die Bundestreffen der Ökologischen Plattform oder Konferenzen konnte ich teils nur auf Messers Schneide durchhalten. Bei kleinen Treffen ging es auch um Aspekte, um die gestritten wurde und hinterher hatte ich dann andertalhalb Wochen zu tun, um den Fibromyalgieschub auszubremsen. So sagte ich in weiser Voraussicht immer öfter nichts mehr und hielt mich zurück bei Aufgaben, die ich früher mit links gemacht hätte. So war es sinnvoll, mehr Arbeit abzugeben, wie z. B. die Hauptarbeit an der Tarantel. Das die Internetgestaltung mit neuen Programmen ohne die nötige praktische Unterstützung erfolgen sollte, brachte dann nur den katalytischen Prozess in Gang. Solange durchgehalten habe ich nur, weil ich natürlich hoffte, eine teilweise Besserung wäre möglich und dafür gab es zeitweise zumindest Anhaltspunkte. Ein künstliches Sprunggelenk konnte zwar einiges verbessern, jedoch die sekundäre Fibromyalgie samt Erschöpfungssyndromen gilt als nicht heilbar.

Schaut man sich die großen Linien der Parteien an, auch wie die Gesellschaft mit der ökologischen Herausforderung umgeht, kann einem

nicht verborgen bleiben, dass die Lage nicht zum besten steht, ohne partielle Erfolge zu negieren. Die solare Energiewende will man mit allerlei Mengendeckeln abbremsen. Schon zuvor laborierte Schwarz-Gelb daran, wie man durch immer neue unvorhersehbare Änderungen am EEG, potentielle Anlagenbetreiber verunsichert. Selbstverständlich für den privaten Gebrauch rechnet sich die eigene Solaranlage auf dem Dach längst und mit Naturstrom, Lichtblick oder anderen Ökoanbietern kann man inzwischen preiswert 100 Prozent Strom erneuerbar beziehen und spart oft gegenüber dem regionalen Versorger auch noch Geld.

Wie bekannt, teile ich die Auffassung der Grünen, dass der Strombereich bis 2030 vollständig solar abgedeckt werden sollte und bis 2040 auch Verkehr und Wärme, was viel schwieriger werden wird, erneuerbar umzustellen, wobei der Material- und Energieverbrauch so weit wie möglich sinken muss. DIE LINKE ist mir in diesem Bereich zu träge, zu zahm. Natürlich muss man dabei auch über die großen Umsetzungsprobleme reden und darüber, wo Fehlentwicklungen sich abzeichnen. Es ist geradezu grotesk, wenn Gaskraftwerke stillgelegt werden, obwohl sie einstweilen eine sinnvolle Ergänzung sind, wenn Sonne und Wind nicht genügend Ertrag bringen, um das auszugleichen, weil sie außerhalb der Grundlast einsetzbar sind im Gegensatz zu Kohle- und Atomkraftwerken. Sicher muss man offenbar im Blick behalten, dass Deutschland von russischer Seite nicht zu abhängig wird. Man muss schon außergewöhnlich dämlich sein, um zuzulassen, dass deutsche Gasspeicher an den russischen Staatskonzern Gazprom verkauft werden. Wenn Pumpspeicherwerke, die Strom praktisch speichern können, stillgelegt werden, dann besteht dringender Bedarf, die energiepolitischen Rahmenbedingungen zu ändern. Ein Emissionshandel mit weniger Verschmutzungsrechten, wie umstritten auch immer die Regelung, würde andere Stromerzeugungsarten gegenüber den Kohlekraftwerken konkurrenzfähiger machen.

Wenn ein Dorf von allen vier Seiten von Windparks umstellt ist, so wie die Sendung „Ozon“ vor längerem berichtete, ist dies ästhetisch inakzeptabel. Die Anlagen besser in die landschaftlichen Räume einzupassen ist ganz sicher sinnvoll, auch wenn der Windertrag nicht außer acht gelassen

werden darf. Alte Windmühlen wirken ganz sicher optisch vorteilhafter als verspargelte Landschaften bzw. eine optische reizvolle Landschaft, die dadurch beeinträchtigt wird. Auch die Blinkerei in der Nacht steigert nicht unbedingt den Erholungswert einer Landschaft. Besonders augenfällig wird dies an der Ostsee, wo dieser Lichterregen, den abendlichen Meerblick nicht verschönert. Der Naturschutz will beachtet sein. Andererseits weiß man in weiten Teilen Süddeutschlands nicht mal wie ein Windrad aussieht und die CSU sorgte auch dafür, daß das in Bayern so bleibt.

Es gibt in der Partei eine starke politische Psychologie, die die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaft ausblendet und der unmittelbaren Wohlfahrt prinzipiell Vorrang einräumt – und dies trotz Energiekonferenz 2007 und weiterer Events, die es natürlich gab. Der ökologische Flügel in der Partei bleibt relativ schwach, oft fehlt der Mut, die Problemlagen und Lösungen radikal genug zu formulieren. Eingesetzte Ressourcen verpuffen mit wenigen Ergebnissen. Selbstverständlich verbesserten sich im Laufe der Zeit Umweltaussagen in Wahlprogrammen, dank Ökologischer Plattform, BAG Umwelt und anderer Akteure, aber das ist auch erst mal nicht mehr als Papier. Nicht zu vergessen bleibt, dass es Grenzen ehrenamtlichen Engagements gib. Sich in möglichst vielen Gebieten einigermaßen kompetent mit Wissen auszustatten, hat seinen Preis. Der Umstand, dass ich nie ein Freund weichgespülter Umweltaussagen war, ist gewiss nicht gut für das eigene Karma gewesen. Bleibt zu hoffen, dass es bekannten und neuen AkteurInnen in der LINKEN künftig erfolgreicher und wirkmächtiger gelingt, ökologisches Gedankengut in die öffentliche Wahrnehmung zu bringen, ob in den Parlamenten oder auf anderer Ebene.

Wie sich dies auswirkt, wenn die Partei in Regierungsbündnisse geht, hängt dann mitunter sogar von einzelnen Personen ab. Regierungsverantwortung führt aber leider auch dazu, dass Opportunismen nicht nur im Bereich Umwelt rapide zunehmen und Zweifel aufkommen, wofür Parteiarbeit eigentlich nützt. Freilich ist dies ein Tatbestand, der bei den Grünen ganz ähnlich zu konstatieren sein dürfte. Es gibt mir zu viel zwanghaften Drang nach einer Rot-Rot-Grünen Koalition im Bund, obwohl die Entwicklung der

Mehrheitsverhältnisse eine solche Option eher schrumpfen lassen. Wenn man sich das politische Personal der SPD ansieht, muss man einfach Zweifel haben, ob es sinnvoll ist, dort auf Mitstreiter für einen grundlegenden sozialökologischen Wandel zu hoffen. Manche Linke neigen auch zu einem übersteigerten Konfliktaustrag mit den Grünen, ohne deren schwarz-grüne Blindgänge in einzelnen Ländern schönreden zu wollen. Man sollte sich kritisch vorlegen, wie viel von einer passfähigen Linken nach vier Jahren Koalitionsbetrieb im Bundestag übrig bleiben würde. Ungenügende Politikergebnisse könnten sehr schnell existenzbedrohend für DIE LINKE werden und sie aus dem Bundestag fliegen lassen. Am Ende könnte sich herausstellen, dass man in der Opposition wirkmächtiger war, obwohl scheinbar ohnmächtiger.

Bei 20 Jahren Plattform kommt man nicht um die Erkenntnis herum, dass linke Politik nicht konform geht mit den Anforderungen, die die ökologische Zivilisationskrise an uns stellt. Auch die Ökologische Plattform selbst wird dem nur selten gerecht und sollte sich künftig darum mehr bemühen. Die ganze Gesellschaft ist auf einem Pfad, der nicht als fatale Sackgasse erkannt wird. Klar, das Rad der Geschichte wird uns entgleiten. So sind die Weichen jetzt gestellt. Spätere Generationen werden nicht mehr die Chance haben, dies zu korrigieren.

Bisher verhindert unser parlamentarisch-demokratisches System zuverlässig, dass die wirklich lebenswichtigen Dinge überhaupt auf den Tisch kommen. Es ist ein ungeheures Ablenkungsmanöver von allem Wesentlichen. Was ihm ideal zugetraut wird, müsste erst noch kommen – dann aber jetzt.

Rudolf Bahro

65 Taranteln in 20 Jahren

Wolfgang Wippler

Seite 8

Ökoplatt 1. 1994

Literatur

DIE 5 STUDIEN DER IPPNW

Studie 1: Naturzerstörung: Die Quelle der Mitleiden Kräfte von Tü Baian DM 10,00

Studie 2: Radikale Veränderung von Himmel und Erde: Atomwaffen unter, auf und über der Erde: Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt. DM 20,00

Studie 3: Städte, Flächlinge und Mangel: Wachstumstheoretische Weltkrise von Tü Baian DM 12,50

Studie 4: Bedrohung des Lebens durch radioaktive Strahlung: Strahlenwirkungen und Strahlenfolgen von Roland Scholz DM 15,00

Studie 5: Plutonium - 1940er Gold des Atomzeitalters: Forschungsberichte, die die lebensbedrohlichen Gefahren der Plutoniumproduktion für die Menschheit aufzeigt. DM 15,00

Alle 5 Studien DM 50,00

ANDERE PUBLIKATIONEN der IPPNW

Ökonvergenz, Treibhauseffekt und Atomenergie K.H.Ackersen DM 15,00

Atom ohne Geheimnis: Dokumentation zum Nuklearkonflikt der GUS und Russland DM 20,50

Rundbrief Nr. 41, Sept. 1993: Südafrika, Schicksalsschweife und Konfliktpotential der neuen Epoche. DM 8,00

Rundbrief Nr. 40, Sonderheft: Menstruelle Auslöschung - Einhorn hat Vorbeugen DM 6,00

Rundbrief Nr. 39, Nr. Okt. 1992: Erdöl und fossile Brennstoffe DM 8,00

Das Uran und die Hüter der Erde: Atomwirtschaft, Umwelt, Menschenrechte DM 19,80

Asulap oder Mann? Ärzte gegen den Krieg DM 10,00

Thema: Radikalität Wege zu einer sozial verträglichen Medizin DM 29,00

Jetzt ist beizahlen in der IPPNW Geschäftsstelle

Ökologische Hefte Nr. 6

ca. 158 Seiten, 20 DM, erhältlich ab 8. September bei Buchverlag ökologische Hefen, Uhlendorferstr. 66, 60214 Frankfurt, Telefon: 069/490697 Fax: 069/4339199

Dieses Heft enthält, weltweit in Deutschland das populärste Show-Business hebräisch, wie eine Betrachtung zur Ökologie der Zeit Professor Gerdler aus München fordert die Rückbesinnung und Rückkehr zu natürlichen Lebensformen und sie putzen langsam und haben mit Zeit und Dem-Schritt-Dem-Schritt nichts zu tun (Seite 302) Der Widerspruch zu den Grundlagen unserer Kultur könnte kaum größer sein. Alle Ökologen mit einverstanden. Zeit ist Geld. Damit wird der Krieg gegen die Natur selbst. Das ist nicht nur ein hebräisches Wort - außer den Katastrophen. Alles hat seine Zeit und seinen Zweck. Eine Natur, die das nicht beachtet, kann keine Zukunft haben. Die nächste Langsamkeit der Natur ist uns ein hervorragendes Beispiel für Fortschritt. Träumen keine neue schwere Aufgabe für uns, bei der Wirtschaft und Kultur die Pose.

An alle Umweltbibliotheken

Dem letzten Kooperationsheft der Umweltbibliothek vom 10. 10. 84 in Hannover verabschiedete man sich, der Zusammenarbeit von Umweltbibliotheken auch die Möglichkeit von Computerdaten zu nutzen. Als selbst sehr flexibel dieses Heft zum Informationsaustausch genutzt werden. Vertriebt regelt sich bei geringerer Ressource die Möglichkeit, einen regelmäßigen elektronischen Rundbrief zu gestalten. Also wie aus kleinen von Umweltbibliotheken hat nicht, mehr sich hilft es Blatt oder auch nur durch Pfl. Da schließlich auch sehr wenige Umweltbibliotheken Zugriff auf e-mail haben werden, kann ihnen vielleicht durch Nutzen oder anders aus dem Umfeld gerufen werden. Wie hier hat und Beziehungen zu einer Umweltbibliothek hat kann dieser auch hilft der Zugang zum Netz ermöglichen.

In Hoffnung auf weiteres Zusammenarbeiten

Die Umweltbibliothek Chemnitz
Hauptstrasse 5
09112 Chemnitz
Telefax 0371-30000

Ökoplatt

Rundbrief der Ökologischen Plattform bei der PDS, Nr. 1-1994

Editorial

Warum dieses neue "Blättchen"?

Als wir über das Konzept Gerdler Seiden der ökologischen Plattform besprachen, fiel meine Überschrift und das Wort "Blättchen" indes Defensiv hervor. Warum kam ich auf das Wort "Blättchen"? In unserem Kreis erscheint alle 14 Tage ein Informationsblatt der PDS, das inzwischen liebevoll "das Blättchen" genannt wird. Wir schätzen dort - inzwischen recht gekonnt - Auskunft über die Arbeit unserer Abgeordneten, über Probleme im Kreis, werden aber auch über Veranstaltungen, Termine u.ä. informiert und genau so etwas wollen wir auch für alle ökologischen Fragen interessieren werden. Da wir aber pluralistische Laien sind, ist Mithilfe also erwünscht und erbeten.

Platz erste stellen wir uns das so vor: ein 6-Seiten-Blatt, monatlich und kostenlos mit dem Inhalt:

erste Seite: Leitartikel, Inhaltsverzeichnis, eine Terminübersicht (überregional und regional, mit Ansprechpartnern)

zweite Seite: Vorstellung der einzelnen Arbeitsgruppen der ökologischen Plattform bei der PDS, ihres Aufgabenspektrums und der Probleme, die sie lösen wollen

dritte Seite: hier sollen sich die regionalen Arbeitsgruppen aus den Landesverbänden vorstellen, ihre Aufgaben, Ziele und Probleme angeben

vierte Seite: Rezensionen über Bücher, Hinweise auf Zeitschriften, wo halten das für wichtig, denn ein einziger kann die Fülle ja kaum noch überblicken, deshalb engagiert einem vielleicht Wichtige für "Öko-Anhänger" sind die kleinen "Haken und Ösen" von Rechten, von Vereinsthematik, aber auch von Literaturreisen kann erlangen. Veröffentlichungen von Kontaktadressen (Fortsetzung S. 2)

Inhalt	
Wie werden?	5/2
Redaktion Reformen PDS für ökologische Kurs	5/3
Trüblicher Gesagte	5/4
Adressen für, es liebe Adress	5/7
Literatur	5/8

CHRONIK

7.2.94

Dokumentationsveranstaltung zweier Arbeitskreise und Kreisrat zum 10-Jährigen der Ökologischen Plattform. Matthias Wippler führte die Idee einer Ökologischen Plattform ein.

April

Artikel im ND und in Diapod von Peter Janssen und Maria Fests laden zu einer Diskussion im Berliner Stadtteil. Inzwischen sind 20.4. sich über die Idee einer Ökologischen Plattform zu verständigen. Etwa 50 Menschen haben sich ein. Menstruelle Plänen finden werden.

24.5.94

Gründung der Ökologischen Plattform bei der PDS: Diskussion des Gründungsdokumentes, keine gelöst wird es. Wie ND veröffentlicht, mehrere Arbeitsgruppen werden sich zusammen. Alternative Lebensformen, Ökologischer Unterricht und Bildung, weitere waren angesichts. Die bereits lange bestehende Ökologische Linien der PDS, geht in der Plattform auf.

29.07.94

Treffen im süddeutschen Geodorf Altmühl zum Thema Alternative Lebensformen; Führung durch das Projekt

30.9.94

Diskussion zu dem Film von Franz M. "Nachtrag zum dem Treibhaus", der die vollständige Abkühlung der Meeres und atomaren Energieerzeugung innerhalb der nächsten Jahrzehnte auf atmosphärische Energien und Energieerzeugung fordert. Gespräch mit zwei konzentrierten Arbeit zu speziellen Sachthemen in kleinen Gruppen u.ä. Diskussion, außer derbestehende Notstandspolitik. Die Plänen sollen demgegenüber reduziert werden.

20.10.94

Treffpunkt: Jenerings um 18 Uhr: Vorlesungen zur Sozialökologie Walter gesellschaftliche Ökologie liegt der Ökologischen zugrunde? (17.10. - 12.12. 91. - 9.2.) mit Rudolf Bahro, Gastvortrag von Helmut Dittler, Jochen Kuschoff, Peter Platte, Siegfried Matzke, Elga Sorge (Admiral der Humboldt-Universität Berlin, Unter den Linden 6) 18.11. 20 Uhr

Treffpunkt "Die (RE)EVOLUTION von Ösen & Bösen: 20.11.94 und reserviert (Rangzeit 20.2) (mehrfach), Nähe U-Bahn Jannowitzbrücke 9-11.12.94

Fahrt zum Landesrat Potsdam (in Sachsen) (Experiment für ökologische Subjektive) Teilnahmebereitschaft unter Tel. 03631151 bei Mark Heising anfragen.

20 Jahre Ökologische Plattform – das sind auch 20 Jahre Kommunikation gemäß der selbst gestellten Vorgabe, die Ökologie in all ihren Zusammenhängen und Facetten in die Partei, d.h. in die Köpfe ihrer Mitglieder, hineinzutragen und andererseits in die Öffentlichkeit, an die Wählerschaft, die Erkenntnis zu bringen, dass diese Partei nicht nur für sozialen Fortschritt steht und kämpft, sondern auch erkannt hat, dass die künftige Existenz der Menschheit ohne Einhaltung ökologischer Maximen nicht gewährleistet ist und deshalb die Erhaltung ökologischer Existenzbedingungen ebenfalls programmatisches Grundanliegen dieser Partei ist, gemäß der Einsicht:

Die künftige menschliche Gesellschaft wird sozialistisch und ökologisch sein, oder sie wird gar nicht sein.

Diesen Zwecken sollte ein Druckwerk dienen, das als Rundbrief in die Welt gesetzt wurde, aber sich sehr schnell zu einer Vierteljahreszeitschrift mauserte und den aufmunternden Titel „Tarantel“ erhielt, ist doch die Tarantella ein sehr lebhafter Tanz, und aufspielen wollte ja die Ökologische Plattform.

Wenden wir uns nun dem Wirken dieser Zeitschrift zu und fangen ganz nüchtern mit etwas Statistik an.

Bisher sind 64 Hefte herausgekommen. Die Zahl der Autoren, die Texte für die „Tarantel“ geschrieben haben, bzw. von denen Texte aus ihren Werken entnommen wurden, beträgt 284, davon sind 69 Frauen.

Die Namen der Autoren reichen von Gernot Adolphi über Elmar Altvater, Rudolf Bahro, Reimar Gilsenbach, Al Gore, Gregor Gysi, Oskar Lafontaine, Wolfgang Methling, Maria Mies, Evo Morales, Lewis Mumford, Rupert Neudeck, Petra Pau, Saral Sarkar, Hermann Scheer, Joachim Schellhuber, Michael Succow bis Maria Ines Zigarán.

Alein diese Namensliste deutet an, welche Vielfalt in dem Komplex Ökologie steckt. Dies wird noch deutlicher, wenn man sich anschaut, zu welchen Einzelthemen wie viele Veröffentlichungen erfolgten:

Unter dem Begriff Sonstiges verbergen sich Themen wie Abfall, Gifte, CO₂-Problematik, Energie allgemein, Feminismus u.a.

Politik	105	ökol. Umbau, Lebensweise	23
Atomproblematik	50	Umwelt allg.	20
Klima	44	Gentechnik	18
Parteitage, Tagungen, Konferenzen (national u. international)	40	Wachstum	16
Verkehr	38	Nachhaltigkeit	14
Natur- und Tierschutz	37	Aus den Bundesländern	14
Agrar, Boden, Wald, Wasser	33	Sonstiges	92
Erneuerbare Energien	31		

Bei der zeitlichen Betrachtung der Veröffentlichungen und ihrer Themen zeigen sich Zeiten der Verdichtungen und Zeiten geringerer Resonanz. Darin widerspiegeln sich Kampagnen, z. B. Atomtransporte, aber auch Momente, in denen ein Thema besondere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit genoss, was sich selbstverständlich auch in der „Tarantel“ niederschlug.

Solchen Aspekten trug auch die Redaktion der Zeitschrift Rechnung, indem sie insges. 5 Themenhefte herausgab, und zwar zu:

Grüne Gentechnik – Nr. 25, **Erneuerbare Energien** – Nr. 28, **Wachstum oder Schrumpfen** – Nr. 31, **Humane Produktivkräfte in der nachindustriellen Gesellschaft** – Nr. 33 und **Atomproblematik** – Nr. 35.

Große Mühe wurde auch darauf verwandt, von kompetenten Autoren grundlegende Artikel, ausführliche Darlegungen zu bestimmten, besonders relevanten Themen, Plädoyers, Manifeste zu veröffentlichen und auch Gesetzesinitiativen der Bundestagsfraktion zur Kenntnis zu geben.

Hier erschienen Beiträge wie:

Zu **Ökonomie und Umwelt** von Fred Engels, **Weichenstellung für einen sozial-ökologischen Umbau** von Dieter Klein, **Kriterien für die Prüfung von Projekten auf ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit** von einem Autorenkollektiv, **Plädoyer für eine ökologische Zeitenwende** von Marko Ferst, die **Ausführliche Kritik an der Globalisierung aus ökologischer Sicht** von Saral Sarkar. Ebenfalls von Saral Sarkar und Bruno Kern erschien **Ökosozialismus oder Barbarei?** Maria Mies erläuterte in 2 Folgen **Das globale Freihandelssystem als neokoloniales Kriegssystem**, was übrigens jetzt für Europa aktuelle Bedeutung erlangt. In der Nr. 34 veröffentlichte die Ökologi-

sche Plattform ihr **Ökosozialistisches Manifest**, wurde in einem weiteren Heft von Marko Ferst auf die **Probleme der Endlagerung von hochradioaktivem Abfall** aufmerksam gemacht. Grundlegende Bemerkungen gab es von Götz Brandt zur **Einführung einer Ökologischen Ökonomie**. Auch der Appell von Hermann Scheer **Power to the People! Neue Energie für linke Alternativen** fand Aufnahme in die „Tarantel“.

Heike Jacobs konnte das Positionspapier der LAG Umwelt Brandenburg **Zu den Auswirkungen des Pestizids Glyphosat** offenlegen. Auf ein künftiges globales Krisenpotential wies Götz Brandt hin mit: **In 50 Jahren ist alles vorbei! Die Menschheit und das Ende der Rohstoffvorräte**.

Ihren Beitrag zur Propagierung des sozial-ökologischen Umbaus und Hinwendung zu einer neuen Lebensweise leistete die „Tarantel“, in dem sie beispielhafte, realisierte Projekte vorstellte, z.B. das **Ökodorf Sieben Linden** in Heft 40.

Es besteht selbstverständlich Klarheit darüber, dass unser Periodikum nicht das einzige Druckergebnis ist, das zu ökologischen Themen publiziert. Deshalb wurde auch auf insgesamt 224 Bücher hingewiesen, davon wurden 181 rezensiert! Das Ganze überblickend darf gesagt und positiv eingeschätzt werden, dass es kaum ein Teilgebiet der Umweltproblematik gibt, das nicht in die „Tarantel“ Eingang fand und dass alle wichtigen Themenkomplexe auch entsprechend häufig und kompetent dargelegt, erläutert und diskutiert worden sind.

Bleibt noch, auf die Themenfelder Politik und Parteitage, Konferenzen und dergleichen einzugehen, zu denen es ja 145 Textbeiträge gab.

Selbstverständlich wurde die Politik der Regierungsparteien und insbesondere die der „Grünen“ unter die Lupe genommen. Hauptsächlich deren programmatische Festlegungen und Aussagen zu Umweltproblemen sowie deren Umsetzung bzw. meist Nichtumsetzung in die Tagespolitik.

Auch Stellungnahmen von Nichtregierungsorganisationen, wie NABU, BUND, Attac zu politisch-ökologischen Gegebenheiten in der BRD fanden Aufmerksamkeit und wurden abgedruckt.

Der größte Teil der Beiträge widmete sich aber naturgemäß der eigenen Partei.

Hier zieht sich wie ein roter Faden die ökologische Überarbeitung aller Programme und programmatischen Aussagen durch fast alle Hefte der „Tarantel“.

Ein Vergleich der Texte aus den Anfangsjahren mit den heutigen belegt, dass Erfolge erreicht wurden. Diese werden kenntlich an dem größer gewordenen Umfang ökologischer Passagen, als auch in der zunehmenden Verwendung wissenschaftlich exakter und ökologisch zutreffender Begriffe und Worte. Dies ließ auf eine voranschreitende Bewusstwerdung der Spezifik ökologischer Probleme vor allem bei den Funktionären der PDS/DIE LINKE schließen.

Von den Angehörigen der Ökologischen Plattform, besonders ihren aktiven Mitgliedern, wurde diese Aufklärungsarbeit mit frohem Herzen getan, entsprach es doch genau unserem Wollen, wie es am Anfang des Artikels formuliert ist. Der Aufgabe widmen wir uns heute auch noch, aber das „frohe Herz“ ist auf der Strecke geblieben.

Es zeigte sich nämlich, dass manche Fortschritte nicht dauerhaft waren, was insofern fatal ist, dass im Gegensatz dazu die negative Veränderung der jetzigen Umwelt andauert. Es musste immer wieder um den Erhalt des ökologischen Anteils an den Texten gerungen werden, manchmal bis „zur letzten Instanz“ als Antrag auf einem Parteitag. Nicht immer mit Erfolg.

Ökologische Plattform * 24.6.1994

Wolfgang Borchardt

Vor zwanzig Jahren arbeitete ich in einer Unternehmensberatung, die sich auf Umwelttechnologien spezialisiert hatte. Dort wurde mir klar, dass Unternehmen ökologische Veränderungen ihrer Produkte und Fertigungstechnologien nur vornehmen, wenn diese Profit versprechen oder wenn es ordnungsrechtlich erzwungen wird – Ausnahmen gibt es natürlich auch. Als wir die Ökologische Plattform gründeten, war daher mein Anliegen, für Wirtschafts- und Umweltpolitik in der PDS einen gemeinsamen Ansatz zu finden. Doch fünf Jahre nach der Wende erschienen die kapitalistische Wirtschaftsweise unerschütterlich. Der Bruch mit stalinistischen Tendenzen bedeutete für viele auch, gleich das gesamte ge-

In den Formulierungen tauchen auch als überwunden geglaubte Begriffe erneut auf, die in mühsamer Überzeugungsarbeit wieder getilgt werden mussten. Solch eine Arbeit ist ermüdend und frustrierend.

Es wurde offensichtlich, dass die Theorie der Ökologie bei der Masse der Parteifunktionäre nicht zur Ergriffenheit führte und deshalb keine Chance bekam, zur materiellen Gewalt zu werden. So selbstbewusst, wie wir auf 20 Jahre Existenz als Ökologische Plattform zurückschauen können, so deprimierend ist es auch. Denn warum gibt es uns noch? Müsste nicht inzwischen die gesamte Partei eine einzige Ökologische Plattform und wir überflüssig geworden sein?

Ich bin pessimistisch bezüglich der weiteren Entwicklung. Denn die stetig fortschreitende Negativentwicklung des Ökosystems Erde lässt die der Menschheit bevorstehende und von Götz Brandt in Heft Nr. 63 eindringlich dargestellte Vielfachkatastrophe nicht nur näher rücken, sondern der bereits erreichte Zustand macht alle Abmilderungsbemühungen zu einem Zeitproblem!

Wenn ich mich zurücklehne und die Augen schließe, dann schimmert ein Bild auf, wie Ökologische Plattform und BAG Umwelt, Energie, Verkehr, in leuchtendes Grün gewandet, als Don Quichotte und Sancho Pansa gegen die zu langsam mahlenden (Wind)Mühlen der Partei anreiten. Das war's?

sellschaftstheoretische Wissen in Frage zu stellen. Linke grundsätzliche Kritik des Kapitalismus konzentrierte sich auf die Kommunistische Plattform. In dieser Situation erwies sich als schwierig, eine gemeinsame Sprache mit Wirtschaftspolitikern zu finden. Soziale Gerechtigkeit schien nur dadurch herstellbar, dass mehr geschaffen werden muss, um es den Ärmeren zu geben. Und wir forderten in unserer Gründungserklärung für Deutschland „den hohen Pro-Kopf-Verbrauch an Rohstoffen (zweiter Rang in der Welt) und Energie deutlich zu senken“. Es hat Jahre gedauert, bis in den Dokumenten der PDS/LINKEN die Forderung nach Wirtschaftswachstum zurück gedrängt wurde – wenngleich sie immer wieder mal neu auftaucht.

Ein zweiter Aspekt, der mir sehr am Herzen lag und liegt, ist die globale Sicht auf die Umweltprobleme. Sie spielte von Anfang an eine Rolle: „Die Ökologische Plattform bei der PDS will Fragen und Zusammenhänge, die sich aus der existentiellen Bedrohung der Menschheit infolge der ungelösten Umweltprobleme ergeben, zum Ausgangspunkt ihrer theoretischen, programmatischen und politischen Arbeit machen.“ Nicht nur die Bekämpfung der alltäglichen „kleinen“ Umweltschweinereien haben wir uns als Aufgabe gestellt, sondern das Bohren des ganz dicken Brettes: „Ende des 20. Jahrhunderts einen demokratischen Sozialismus anzustreben, kann nur den Weg zu einer Gesellschaft bedeuten, die sich im Einklang mit der Umwelt entwickelt. Dieser Weg führt über tiefgreifende ökologisch orientierte Veränderungen, die an heutigen marktwirtschaftlichen Grenzen nicht halt machen können.“ Wenn wir uns daran messen – was sind da schon zwanzig Jahre?

Inzwischen geht es nicht mehr („nur“) darum, ökologische Forderungen in den verschiedenen Dokumenten DER LINKEN zu verankern. Die ökologische Terminologie beherrschen die meisten Politiker DER LINKEN inzwischen, doch – wie Wolfgang Wippler schreibt – führte sie (zu oft) „nicht zur Ergriffenheit“. Und die Aufgaben sind gewachsen. Jetzt geht es um weit mehr, um praktisches Handeln, welches aktuelle, konkrete politische Schritte der Sicherung und Erweiterung sozialer und demokratischer Errungenschaften mit ökologischen Verbesserungen so verbindet, dass damit auch Schritte für eine grundlegende sozial-ökologische Veränderung der Gesellschaft vorbereitet werden. Nur daran lässt sich messen, inwieweit DIE LINKE sozial-ökologische Positionen vertritt.

In der Öffentlichkeit wird DIE LINKE als sozial engagierte und kompetente Partei wahrgenommen. Das ist gut, aber es ist unzureichend. Die permanente Fixierung auf Wählerstimmen und der damit verbundene Verzicht auf die Kommunikation unbequemer Wahrheiten, z.B. der, dass **wir** im Globalen Norden **uns** mit unserem materiellen und Energieverbrauch **einschränken** müssten, führen dazu, dass fast keine Antworten auf drängende Menschheitsfragen gegeben werden. Ist es etwa Merkmal linker Politik für soziale Gerechtigkeit im eigenen Land, bestenfalls in der

EU zu streiten? Oder gilt immer noch die Aufforderung des Kommunistischen Manifests: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“? Der internationale, globale Aspekt sozialer Spaltung der Gesellschaft gerät bei den meisten Dokumenten DER LINKEN aus dem Fokus. Das Gleiche gilt für ökologische Themen. Die Wahlprogramme sind – auch auf Grund unserer Aktivitäten – gut: Während zu Anfang Sozial- und Wirtschaftspolitik und Ökologie getrennte Abschnitte mit zum Teil widersprüchlichen Aussagen waren, bilden sie in den letzten Programmen eine Einheit. Doch die Erscheinung DER LINKEN auf Wahlplakaten und in Reden blendet außer sozialen alle anderen, insbesondere ökologische Themen aus und die dafür Verantwortlichen rechtfertigen das auch noch (siehe **Brief an Katja Kipping und Bernd Riexinger** in Tarantel 62, S. 4f oder **Europawahl DER LINKEN – wer schreibt, der bleibt?** <http://oekologische-plattform.de/?p=38797>). In der Reihe Beiträge zur Umweltpolitik, deren Herausgabe vor zehn Jahren beschlossen wurde, hat Götz Brandt nach der Bundestagswahl 2013 mit der Broschüre **100% ökologisch** darauf geantwortet, doch die Reaktion war verhalten.

Die **Beiträge zur Umweltpolitik** entstanden in Anlehnung und als Pendant zu den „Beiträgen zur Wirtschaftspolitik“. Jeweils zwei Ausgaben pro Jahr behandeln grundsätzliche umweltpolitische Einzelthemen. Seit 2005 sind 19 Hefte, zum Teil bereits in zweiter oder überarbeiteter Auflage erschienen. Die Aufzählung der Titel würde den Rahmen sprengen, statt dessen sei auf unsere Internetseite verwiesen: http://oekologische-plattform.de/?page_id=124. Götz Brandt, der für die Planung und Herausgabe verantwortlich ist und selbst mehrere Beiträge verfasst hat, gebührt besonderer Dank.

Götz ist auch Initiator und Organisator von **Faltblättern** der Ökologischen Plattform. Diese haben wir erstmals zur Bundestagswahl 2009 erstellt, um unsere Positionen einer breiteren Öffentlichkeit bekannter zu machen. Sie wurden 2013 überarbeitet und das Themenspektrum erweitert. Inzwischen sind es 41, die der Sprecherat auf Anfrage bundesweit verschickt.

Neben Tarantel, Beiträgen und Faltblättern ist der **Internetauftritt** die vierte tragende Säule unserer Öffentlichkeitsarbeit. Seit seiner Neugestaltung Anfang 2012, bei der vor allem Übersicht-

lichkeit und Aktualität verbessert werden sollten und 178 Beiträge übernommen wurden, kamen 520 neue Artikel hinzu. Damit reagieren wir auf aktuelle Probleme und behandeln grundsätzliche Fragen. Auch Beiträge, die für die Tarantel zu lang sind, werden auf <http://oekologische-plattform.de> vollständig veröffentlicht. Vor allem die Seite „Welche Unternehmen bezahlen die EEG-Umlage NICHT?“ mit bis zu 490 Zugriffen pro Tag zeigt, wie sehr wir damit das Interesse unserer Leser treffen. Bei der Internetsuche nach „eeg-umlage unternehmen“ rangiert sie seit Wochen an erster Stelle. Der Newsletter, der über alle neuen Internetbeiträge informiert, wird zur Zeit von 523 Lesern abonniert, Tendenz steigend. Ungeklärt ist die Frage, ob wir auf der Internetseite die Kommentierung von Artikeln ermöglichen sollten, oder nicht. Dafür spricht, dass eine lebendigere Diskussion entstehen könnte, doch die ersten Versuche, bei denen Rückantworten nachträglich veröffentlicht wurden, waren

weniger Diskussion, als Statements ohne Bezug aufeinander. Eine offene Kommentarmöglichkeit, bei der jedeR seine Meinung sofort veröffentlichen kann, kommt m.E. nicht in Frage, weil damit Spam sowie beleidigenden und rechtswidrigen Inhalten Tür und Tor geöffnet würde. Wenn aber Kommentare zur Veröffentlichung freigeschaltet werden müssen. Ist das ein erheblicher Aufwand. **Was ist Eure Meinung dazu?**

Insgesamt haben wir nach zwanzig Jahren eine gemischte Bilanz zu ziehen: In DER LINKEN werden ökologische Probleme zunehmend wahrgenommen, von vielen akzeptiert und bei (gemessen an der Mitgliederzahl) wenigen führen sie zu aktivem Handeln. Darüber hinaus wird uns immer wieder von verschiedenen Menschen bestätigt, dass wir, die Ökologische Plattform, DIE LINKE für sie akzeptabel machen. Solche Aussagen geben Kraft, weiter zu machen, zumal die ganze Arbeit ehrenamtlich ist. Notwendig ist sie allemal.

Für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft – Entwurf einer Erklärung der Ökologischen Plattform zu ihrem zwanzigjährigen Bestehen

In der Gründungserklärung der Ökologischen Plattform vor 20 Jahren wurde eingangs festgestellt:

„Die Menschheit ist infolge eines gigantischen ökologischen Anschlags der großen Industrienationen auf unseren Planeten in ihrer Existenz bedroht....

Wir, die Gründungsmitglieder der Ökologischen Plattform, wollen, dass unser Planet für unsere und die kommenden Generationen wieder bewohnbarer und das Verhalten der Gesellschaft bereits heute auf dieses Ziel eingestellt wird. Die offizielle Politik auf dem Gebiet des Umweltschutzes läuft letztendlich auf eine Alibipolitik hinaus. Sie kann die verhängnisvolle Entwicklung nicht stoppen. Wir sind jedoch entschlossen, gerade dies von den politisch Verantwortlichen einzufordern.“

Heute, 20 Jahre später, müssen wir konstatieren, dass die Bedrohung des Lebens auf unserem Planeten nicht geringer sondern größer geworden ist. Der Zug in die Katastrophe hat an Geschwindigkeit noch zugelegt. Regierende und

Parteien in den Industrieländern haben sich als blind, unfähig oder nicht willens erwiesen, die brennenden gesellschaftlichen Herausforderungen anzunehmen, eine Politik der radikalen Umkehr der verhängnisvollen Entwicklung einzuleiten und zu verfolgen. Für die Interessen des Profits haben sie frühe Zeichen der Natur und Warnungen einsichtiger Wissenschaftler und Politiker ignoriert. Leider ist auch DIE LINKE bisher nicht imstande, das Grundmuster bürgerlicher, auf den nächsten Wahlerfolg ausgerichteter Politik zu verlassen und die Überlebensfragen der Menschheit zum Schwerpunkt ihrer Politik zu machen. Das Ende der menschlichen Zivilisation durch die Zerstörung der Natur ist dadurch in Sichtweite gerückt. Untrügerische Zeugnisse dafür gibt es leider zuhauf.

Die Erderwärmung gerät außer Kontrolle. Der erste vom IPCC gesetzte Schwellenwert von 2 Kelvin Erderwärmung der Erde, der zur Verhinderung katastrophaler Entwicklungen nicht überschritten werden sollte, kann nicht mehr eingehalten werden. Er wird wahrscheinlich um ein

Der Entwurf ist die Beschlussvorlage für das Bundestreffen in Mirow.

Mehrfaches überschritten. Ursachen und Folgen dieser Entwicklung sind hundertfach beschrieben. Die Folgen potenzieren sich gegenseitig und machen eine Umkehr nahezu unmöglich. In sicherer Kenntnis dieser auf die Menschheit zukommenden Katastrophe haben die großen Industrienationen im Interesse der Abschöpfung der letzten Maximalprofite längst das große Hauen und Stechen rund um den Erdball um die schwindenden Bodenschätze, das schrumpfende fruchtbare Land und das versiegende Wasser begonnen.

Die Ernährung der Menschheit wird langfristig kaum noch zu sichern sein. Wenn heute von den die Erde bevölkernden 7 Mrd. Menschen annähernd eine Milliarde hungert, dann ist das auf die neokolonialistische Ausbeutung des Südens, den Raub des Bodens von kleinen und mittleren Bauern weltweit sowie auf die kapitalistische Wirtschaft und Verteilung zurückzuführen. Großflächiges Bewirtschaften mit wenigen Pflanzenarten für die Ernährung, das damit einhergehende rapide Artensterben macht die Ernährungsbasis immer enger. Bereits heute vollzieht sich ein Prozess zunehmender Degradation der Böden durch Erosion, Entwaldung, Überweidung, Versalzung und Kontamination. Ihre damit verbundene abnehmende Ertragsfähigkeit führt im Verbund mit der zunehmenden Geschwindigkeit des Wachstums der Erdbevölkerung in die Katastrophe.

Die für alle, die sehen wollen, offensichtliche Bedrohung der menschlichen Existenz geht auf die Menschen selbst zurück. Vor den Augen der heute Lebenden hat sich diese Bedrohung von zunächst schwach bis heute nahezu unbeherrschbar ausgewachsen. Klar sehende Wissenschaftler und Politiker erkennen in der gegenwärtigen Situation für Mensch und Natur einen „beispiellosen Notfall... Wenn wir eine globale Katastrophe verhindern wollen, müssen wir irgendetwas Radikales tun – und ich meine wirklich tun. Aber ich glaube nicht, dass wir das machen werden. Ich glaube, wir sind nicht mehr zu retten“ schreibt Stephen Emmott.¹

Noch zu retten oder nicht? Das ist die Frage, die uns in der Ökologischen Plattform, aber wie wir wissen, nicht nur uns bewegt. Nicht erst seit heute. Wir sehen die Lage ebenso bedrohlich wie im Zitat geschildert. Aber wir wehren uns noch gegen unsere Zweifel am Erfolg einer Abwehr des drohenden Untergangs.

Wir wollen und dürfen es nicht akzeptieren! Wir können und dürfen nicht tatenlos zusehen!

Was aber ist zu tun, wenn sich die Dinge trotz vorliegenden Wissens und ernster Warnungen in den letzten Jahrzehnten immer weiter verschlechtern? Wir wissen es nicht. Aber wie auch immer: Die Völker müssen wachgerüttelt werden. Sie dürfen die Parteigänger des großen Kapitals nicht mehr dulden, sie nicht mehr wählen. Parteien, die nicht umgehend und kompromisslos den Rettungsweg gehen wollen, dürfen keine Chance, keinerlei Einfluss auf die Politik mehr haben. Wir wissen, dass das in den großen Industriestaaten leider nicht so ist. Da aber die demokratische Ordnung in den Staaten partiiell strukturiert ist, müssen sich die Parteien auf ihre Aufgabe besinnen. Die Parteimitglieder und die Völker müssen sie durch ihre demokratische Entscheidung auf den richtigen Weg drängen.

Die Ökologische Plattform, als Zusammenschluss im Rahmen der Linkspartei, sieht ihre Aufgaben auch künftig vor allem in dieser Partei.

In programmatischen Dokumenten der Partei wird den brennenden Anforderungen für eine ökologisch zukunftsfähige Entwicklung in allgemeiner Form Rechnung getragen. Im Unterschied zu den anderen Parteien betrifft das vor allem den Zusammenhang der ökologischen und der Systemfrage und die Einforderung eines sozial-ökologischen Umbaus der Wirtschaft und Gesellschaft, d.h. der engen Verbindung der Sozialpolitik mit der ökologischen Frage.

Eine richtige allgemeine Erkenntnis in allen aktuellen politischen Fragen zu beachten und anzuwenden, erweist sich jedoch oft als schwierig. Am ehesten gelingt das noch den Ökologen unter den Parlamentariern DER LINKEN. Aber angesichts des Ernstes der Lage reicht das nicht mehr aus. Manche, leider auch linke Politiker meinen, eine Transformation der uns noch beherrschenden kapitalistischen Gesellschaft beginnt mit Anpassung an die Grundsätze und Politik der Parteien des Kapitals. Richtig wäre allerdings, sich von dem Periode- und Koalitionsdenken frei zu machen, mit einer langfristig angelegten, auch in der Tagespolitik aller Ressorts dokumentierten und propagierten Rettungspolitik ein Beispiel für alle zu geben. Dafür sind unbedingt Verbündete,

¹ Stephen Emmott: Zehn Milliarden. Suhrkamp

Aus den Ländern

vor allem auch bei den außerparlamentarischen Bewegungen zu gewinnen. Es bedarf des Zusammenschlusses aller linken und ökologischen Kräfte auf der Basis des Kampfes gegen ein Weiter so, gegen Wirtschaftswachstum auf Kosten der

Natur und der Völker des Südens, gegen Rüstungs- und Kriegspolitik.

Die Ökologische Plattform wird in diesem Sinne künftig ihre Anstrengungen weiter verstärken.

Kein CO₂-Endlager Altmark

Frank Roßband

Als Bundesparteitage delegierter war ich auf unserem Europaparteitag in Hamburg und besuchte dort den Infostand der Ökologischen Plattform unserer Partei. Ich war von unseren Mitstreitern am Info-Stand, den Flyern und der Tarantel so positiv überrascht, dass ich sofort einen Mitgliedsantrag für die Ökologische Plattform ausfüllte.

Unsere Zusammenarbeit begann gleich einen Tag später, als ich auf Bitte der anwesenden Mitglieder der ÖPF und als Mitglied der Bürgerinitiative „Kein CO₂-Endlager Altmark“ am Rednerpult die Kandidatur für Sabine Wils unterstützte. „Sie war die einzige EU-Abgeordnete, die unsere BI zeitnah mit Infos und Dokumenten zur geplanten CO₂-Verpressung auf EU-Ebene unterstützte. Ohne Sabine wäre ein Protest unserer BI´s ans EU-Parlament undenkbar gewesen.“ – so die Einschätzung von unserem BI-Mitglied Christfried Lenz, die ich dort weitergab.

Während ich die Ideen (Änderungsanträge) der Aufforstung, der Strombörsenkontrolle, der Forschungsoffensive für Speichertechnologien und die Umlenkung der CCS-Gelder dorthin über den OV Gardelegen und unseren Bundesparteivorstand in unser Europawahlprogramm hineinbringen konnte, musste ich die Idee der unterirdischen Holzendlagerung auf unserem Europaparteitag verteidigen. Aufgrund der geringen Bekanntheit fand dieser Änderungsantrag keine Mehrheit.

Dass uns die Klima- und Energiepolitik bisher eine Herzensangelegenheit war, zeigen auch die bisherigen Alternativen zur CO₂-Verpressung, die wir eindrucksvoll und öffentlichkeitswirksam demonstriert haben, um Bürger wach zu rütteln und Politiker zur Vernunft zu bringen, denn letztendlich geht es darum, ob unser Planet bewohnbar bleibt.

Meine Heimat, die dünn besiedelte Altmark, ist das zweitgrößte fast ausgebeutete Erdgasfeld Europas und deshalb für CCS-Befürworter ein erstklassiges CO₂-Endlager, wo ca. 250 bis 500 Millionen Tonnen CO₂-verpresst werden könnten. Vor vier Jahren wurde heimlich eine CO₂-Verpressungsanlage bei Maxdorf (nahe Salzwedel) gebaut. Unsere BI hat mit ihrem bisher geleisteten Widerstand entscheidend dazu beigetragen, dass die CO₂-Verpressung bis heute verhindert wurde. Erneute Gefahr droht nun wieder durch die Grundsatzentscheidung des EU-Parlaments vom Januar 2014.

Unsere BI hat bisher zwei Alternativen zur CO₂-Verpressung eindrucksvoll demonstriert. Erstens haben wir ehrenamtlich über 50.000 Bäume gepflanzt, um eine für den Menschen ungefährliche, preiswertere und umweltfreundliche Methode der CO₂-Speicherung zu zeigen. Zweitens haben einige Mitglieder eine Bürgerenergiegenossenschaft gegründet, deren Anfangsprojekt, ein Solarkraftwerk für 1,3 Millionen Euro, nun 750 Haushalte mit CO₂-freien Strom versorgt.

Hamburger Energietisch (HET) gegründet

HET fordert konsequente Umsetzung des Volksentscheids – auch bei der Fernwärme

Gilbert Siegler

„Senat und Bürgerschaft unternehmen fristgerecht alle notwendigen und zulässigen Schritte, um die Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze 2015 wieder vollständig in die Öffentliche Hand zu übernehmen. Verbindliches

Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.“

(Text des am 22.9.13 erfolgreichen Volksentscheids)

Die Umsetzung der Volksentscheids über die Energienetze ist im Bereich der Fernwärme stark gefährdet. Der Senat hat mit Vattenfall lediglich die Möglichkeit eines Kaufs des Fernwärmenetzes („Kaufoption“) vereinbart und das erst für 2019. Zudem hat er in Äußerungen der Senatorin Blankau („2019 entscheiden wir, ob wir kaufen oder nicht“) und in einer Antwort auf eine kleine Anfrage in der Bürgerschaft deutlich gemacht, dass er den Willen der BürgerInnen nicht unbedingt respektieren will.

Nicht zuletzt aus diesem Grund hat sich aus UnterstützerInnen des Volksentscheids der Hamburger Energietisch (HET) gegründet. Er setzt sich für eine konsequente Umsetzung des Volksentscheids ein. Dazu gehört die vollständige Übernahme der Strom-, Gas- und Fernwärmenetze in die Öffentliche Hand (Satz 1 des Volksentscheids). Der HET fordert zudem eine wirkliche Energiewende, also einen raschen Umbau der Energieversorgung mit dem Ziel einer „sozial gerechten, klimaverträglichen und demokratisch kontrollierten Energieversorgung aus erneuerbaren Energien“ (2. Satz des Volksentscheids).

Wir sehen mit großer Sorge, dass der Senat die Entscheidung über die Umsetzung des – rechtlich verbindlichen! – Volksentscheids für das Fernwärmenetz auf 2019 vertagt hat. Will er fünf

Jahre warten, um den Volksentscheid für die Fernwärme 2019 geräuschlos beerdigen zu können? Das wäre ein eklatanter Rechtsbruch.

Der HET fordert vom Senat eine verbindliche Festlegung auf die Übernahme des Fernwärmenetzes! Die Verschiebung auf 2019 entspricht schon nicht dem Volksentscheid, ein „vielleicht 2019“ werden die Hamburgerinnen und Hamburger nicht hinnehmen. Die regierende SPD, aber auch alle anderen Parteien werden sich vor der Bürgerschaftswahl im Februar 2015 fragen lassen müssen, ob sie sich an die Regeln der Demokratie und damit an die Entscheidung des Volkes halten werden.

Christoph Schreiber und Gilbert Siegler, Sprecher des Hamburger Energietischs dazu: „Die Mehrheit der HamburgerInnen erwartet von Senat eine strikte Einhaltung des Volksentscheids! Nach Abschluss von Verträgen mit Vattenfall, die dem nicht gerecht werden, fordern wir, dass der Senat ein Gesetz auf den Weg bringt, das ihn verpflichtet, das Fernwärmenetz 2019 von Vattenfall zu kaufen. Von der SPD erwarten wir eine verbindliche Erklärung, dass sie als Regierungspartei auch im nächsten oder übernächsten Senat nicht eine Änderung dieses Gesetzes anstrebt.“

Fracking in der Erdölregion Kiel

Was ist wichtiger: bezahlbares Benzin oder bezahlbares Trinkwasser?

Hansjürgen Schulze

Was heute so abwegig scheint, könnte in wenigen Jahren zur Alternative mutieren. Zwischen 1998 und 2012 hat sich der Ölpreis verzehnfacht – Tendenz: weiter steigend. Einerseits wächst der Hunger der aufstrebenden Schwellenländer China und Indien nach dem Schwarzen Gold unaufhörlich, andererseits sind die am leichtesten zugänglichen Ölfelder längst ausgebeutet; die Entdeckung neuer Quellen wird selten, ihre Erschließung unter kilometerdickem Eis oder in der Tiefsee immer kostspieliger und riskanter. Seit zwei Jahren stagniert der Ölpreis – dank Fracking in den USA. Glauben wir den Verheißungen moderner Scharlatane, dann wäre die Versorgung mit Kohlenwasserstoffen für die nächsten hundert Jahre gesichert: Mittels gewaltiger Wassermengen, Sand und Chemikalien wer-

den das in dichten Poren eingeschlossene, bislang nicht förderbare Öl und Gas unter hohem Druck aus dem Gestein gesprengt und der volkswirtschaftlichen Verwendung zugeführt. Weil in Schleswig-Holstein die reichsten Öl- und in Niedersachsen die ergiebigsten Gasfelder Deutschlands liegen, sind beide Bundesländer durch Fracking besonders gefährdet.

Kiel liegt inmitten des ölhaltigen Ostholsteintrogs, der sich halbmondförmig von Elmshorn bis Angeln erstreckt. Innerhalb des Ostholsteintrogs, durch eine mehr als tausend Meter dicke Schicht im Gestein getrennt, befindet sich über dem Erdöl unser Trinkwasser.

Vor allem eingedenk zahlreicher Havarien in den USA, aber auch in Niedersachsen, wo schon seit Jahrzehnten gefracked wird, behauptet heute nie-

mand mehr ernsthaft, Fracking sei ungefährlich. Doch die Konzerne und ihre politischen Interessenvertreter behaupten, bei achtsamem Umgang sei Fracking „beherrschbar“^{*)}. Es gleicht einem makabren Treppenwitz, dass ausgerechnet ein GRÜNER Umweltminister, dazu noch rechtswidrig, zwischen Frühjahr 2013 und Januar 2014 die Aufsuchungserlaubnis für das Feld Gettorf (es erstreckt sich in 25 km Breite von der Eckernförder Bucht bis nahe Neumünster und erfasst das gesamte Kieler Stadtgebiet) und die Bewilligungen für die Felder Plön-Ost, Preetz, Prasdorf, Warnau und Schwedeneck erteilte! Laut Bergrecht ist dies noch keine Fördergenehmigung – diese setzt ein anschließendes Betriebsplanverfahren voraus, in dem die Details offenzulegen sind. Die Aufsuchungserlaubnis enthält das Recht, innerhalb des abgesteckten Gebiets mittels moderner Methoden der Fernerkundung, ohne zu bohren, Erdöl zu suchen, während sich die Bewilligung auf deutlich kleinere Felder reduziert, in denen die Lagerstätten bereits bekannt sind. Allerdings setzt eine bereits erteilte Erlaubnis bzw. Bewilligung eine Dynamik in Gang, welche eine Ablehnung im späteren Betriebsplanverfahren nahezu ausschließt. Weil Minister Habeck entgegen einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 15.10.1998 die betroffenen Kommunen zuvor nicht informiert und ihnen keine Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben hatte, ist die Konzessionserteilung an RWE-dea und PRD Energy unseres Erachtens rechtswidrig erfolgt.

Risikofaktor Wasserverbrauch

Moderne Fördertechnologien ermöglichen es, nach Erreichen der vorgesehenen Tiefe horizontal in alle Richtungen weiter zu bohren. Dadurch sind nur noch vier bis fünf Bohrungen je Quadratkilometer erforderlich mit einem Wasserverbrauch bis zu 13 Millionen Litern pro Bohrloch. Der Wassertransport erfolgt durch Tausende LKW-Schwerlastfahren, was einen zusätzlichen Flächenverbrauch durch Straßen, Schäden an der Infrastruktur (u.a. Straßenbelag, Rissbildungen an Brücken und Hauswänden durch die Erschütterungen) sowie starke Lärmbelastigungen bewirkt. Die Kosten dieser Schäden tragen meistens die Kommunen. Der enorme Wasserverbrauch hat in Texas bereits ganze Landstriche austrocknen lassen.

^{*)} Nach Ansicht der Atomkonzerne ist die Atomkraft auch beherrschbar.

Risikofaktor Giftstoffe

Viele der eingesetzten chemischen Substanzen sind hoch toxisch und haben bereits zu Unfruchtbarkeit, Krebs und Missbildungen geführt. Benzol, Methan, Chloroform, Butan, Propan, Toluol und Xylol in der Atemluft, große Konzentrationen an Sulfaten, Chrom und Strontium im Brunnenwasser – dies ist ein reales Messergebnis auf einer Farm in North Dakota. Im Gehirn des Farmers wurden neurotoxische Substanzen entdeckt, in seinem Blut Spuren mehrerer Schwermetalle („Le Monde diplomatique“, 13.9.2013). Um in dieser Weise wirksam zu werden, muss die Frackflüssigkeit zuvor an die Oberfläche oder ins Grundwasser gelangt sein – durch Rissbildungen im Gestein oder undichte Rohrleitungen. Die Wahrscheinlichkeit von Rissbildungen ist im Großraum Kiel durch die Besonderheiten der Gesteinsstruktur überdurchschnittlich hoch. Wie marode Rohrleitungen binnen zwei Jahrzehnten werden können, zeigt sich deutlich in der Schachanlage „Asse“. Methan ist, bezogen auf den Klimawandel, zwanzigmal so schädlich wie CO₂. Feuer aus dem Wasserhahn durch austretendes Methan, ein häufiges Ereignis im Marcellus-Feld am Oberlauf von Strömen, die durch dicht besiedeltes US-Gebiet in den Atlantik fließen, hat sich auch ins Bewusstsein vieler entsetzter Europäer gebrannt. – Umweltminister Dr. Habeck will „toxisches Fracking“ verbieten. Selbst wenn nicht-toxisches „Green Fracking“ eines mehr oder minder fernen Tages machbar wäre, wäre die Frackflüssigkeit durch ihren Kontakt mit den Salzstöcken, innerhalb derer das Schwarze Gold in Schleswig-Holstein lagert, auf Dauer kontaminiert, Landwirtschaft in herkömmlicher Qualität nicht mehr möglich.

Risikofaktor Flowback

Der größte Teil der eingesetzten Frackflüssigkeit gelangt wieder an die Oberfläche, zusätzlich angereichert durch natürliche Substanzen des Erdinneren wie z.B. Radon und weitere Radonnuclide, Salze, Quecksilber und weitere Schwermetalle sowie Substanzen wie Benzol mitsamt Reaktionsprodukten aus den chemischen Zusätzen. Kommunale Kläranlagen sind damit bei weitem überfordert. Spezielle Industriekläranlagen können zwar einen Teil der giftigen Substanzen herausfiltern, doch das löst das Entsorgungsproblem nicht wirklich. Zudem kos-

tet ihr Einsatz viel Geld, sodass der Flowback gewöhnlich mittels Tausender LKW-Ladungen abtransportiert und an scheinbar geeigneten Stellen in den Boden verpresst wird. Doch Wasser sucht sich auch hier über kurz oder lang seinen Weg, daher gerät die Flowback-Entsorgung zur tickenden Zeitbombe.

Risikofaktor Erdbeben

Am 20. Oktober 2004, 8:59 Uhr, geschah bei Rotenburg auf halber Strecke zwischen Hamburg und Bremen, was Geologen in Norddeutschland, fernab von Erdplattengrenzen, für unmöglich gehalten hatten: ein mittleres Erdbeben der Stärke 4,5 auf der Richterskala. Hochhäuser schwankten, Risse „verzierten“ Zimmerwände, Menschen stürzten voller Panik ins Freie. Im Unterschied zu Süddeutschland sind die Gebäude nicht auf Erdbeben ausgelegt. Gefährdet waren plötzlich auch die geplanten unterirdischen Atomendlager Gorleben und Schacht Konrad; man könne von Glück sagen, dass das Epizentrum relativ weit entfernt von großen Städten lag. Zehn Monate später bebte die Erde erneut – diesmal wurden „nur“ 3,8 Einheiten ermittelt. Seitdem kommt die Region nicht mehr zur Ruhe, wenngleich die Erschütterungen nicht mehr ganz so hoch ausfallen. Ohne genauere Prüfung beeilte sich die dem Bundeswirtschaftsminister Müller, einem SPD-Mann aus dem Steinkohlesektor, unterstehende Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, zu erklären, uralte Schwächezonen im Gestein seien in acht Kilometern Tiefe aufgerissen. Neuere Untersuchungen, namentlich in England, kamen jedoch zu dem Ergebnis, das Aufsprengen des Gesteins unter hohem Druck, also Fracking, sei als Ursache der Bedrohung keineswegs auszuschließen. Spezielle Erdbebensensoren, welche Klarheit geben können, sind im Unterschied etwa zu den benachbarten Niederlanden nicht vorgesehen. Das Ereignis des 20.10.2004 kann sich jederzeit wiederholen, zumal vorgesehen ist, Fracking auf weitere Gebiete auszudehnen und zu intensivieren.

Risikofaktor Haftung bei auftretenden Schäden

Wer haftet für auftretende Schäden? Dem Bundesberggesetz zufolge haftet in erster Linie das fördernde Unternehmen. Die PRD Energy GmbH, Tochter eines kanadischen Konzerns mit Sitz in

Berlin, verfügt aber nur über ein Eigenkapital in Höhe der gesetzlich vorgeschriebenen 25.000 Euro. In den meisten Fällen sind private Grundeigentümer von Bergschäden betroffen, doch Nachweise über die Schadensursache (etwa durch Gutachten) sind so teuer, dass der Schadensverursacher nur selten zur Haftung herangezogen wird, zumal alle Rechtsschutzversicherungen derartige Fälle ausklammern. (Daraus resultiert die Forderung nach Beweislastumkehr, die bislang noch nicht durchgesetzt ist.) Sollte es dennoch gelingen, einen aufgetretenen Schaden dem fördernden Unternehmen rechtskräftig zuzuordnen, ist die Gefahr groß, dass es Konkurs anmeldet und der Grundeigentümer für den ihm entstandenen Schaden selbst aufkommen muss. Bei allen größeren Schäden haftet letztlich die Gemeinde, deren Gebiet betroffen ist: Profite werden privatisiert, Verluste sozialisiert.

Ausblick: Für eine postfossile Zukunft!

Es reicht uns nicht, durch gesetzliche Maßnahmen die Risiken lediglich zu verringern, z.B. Fracking in Trinkwasserschutzgebieten auszuschließen, die Öffentlichkeit einzubeziehen, Umweltverträglichkeitsprüfungen vorzuschreiben oder Green Fracking zu akzeptieren (so wichtig die Durchsetzung einzelner Punkte auch innerhalb des Gesamtprozesses ist): Wir fordern „Ein sofortiges ausnahmsloses Verbot sämtlicher Formen von Fracking bei der Erforschung, Aufsuchung und Gewinnung fossiler Energieträger. Dies ist unabhängig davon, ob die Rissbildung mit oder ohne den Einsatz giftiger Chemikalien, hydraulisch oder andersartig erzeugt wird“ (Korbacher Resolution, Punkt 1).

Immer mehr ExpertInnen sprechen von einem kurzfristigen, nur wenige Jahre andauernden Fracking-Boom in den USA. Schon jetzt sind die Investitionsvolumina dramatisch gesunken. Auch die Peak-Oil-Studie des Zentrums für Transformation der Bundeswehr vom August 2010 schätzt die Wirkung des Frackings in Bezug auf das Schwinden des Schwarzen Golds eher gering ein. Es komme darauf an, sich auf die Zeit nach dem Erdöl einzustellen: „Der Faktor Zeit kann für den Erfolg der Transformation zu postfossilen Gesellschaften ... entscheidend sein. Um diesbezügliche demokratische Entscheidungsprozesse zu beschleunigen, müssen die Gefahren einer

erodierenden Ressourcenbasis im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert werden. Nur so kann das notwendige Problembewusstsein für anstehende Weichenstellungen entstehen.“

LAG Ökologische Plattform Baden-Württemberg

Wolfgang Kämmerer

Die Ökologische Plattform ist organisiert als Arbeitsgemeinschaft von Menschen, die sich besonders mit den Themen Umwelt, Verkehr und Energie beschäftigen. Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht der nachhaltige Umgang mit den natürlichen Ressourcen weltweit. Als Landesarbeitsgemeinschaft führen wir regelmäßige Treffen und politische Bildungsmaßnahmen durch und beteiligen uns intensiv an programmatischen Diskussionen im Landesverband der LINKEN.

Die ökologische Plattform sieht sich als Garant dafür, dass DIE LINKE ein sozial-ökologisches Profil entwickelt und zu allen fachlichen Debatten in den Bereichen Energiewirtschaft, Energie- und Stoffmanagement, Mobilitätspolitik, Landschaftspflege und Raumplanung, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft, Gewässerschutz, Arten- und Tierschutz, Umweltschutz, Klimapolitik und Naturnutzung politische Positionen entwickelt. Dazu stoßen wir regelmäßig Debatten innerhalb der Partei an und vernetzen DIE LINKE mit außerparlamentarischen Partnern aus Initiativen und Verbänden. Gerne stellen wir ReferentInnen zu sozial-ökologischen Themen.

Was wir wollen? DIE LINKE soll für alle umweltbewussten Menschen attraktiv und wählbar sein und den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft ins Zentrum ihrer Politik rücken. Wir wollen eine Gesellschaft fördern, in der es ein selbstbestimmtes Leben für alle Menschen auf der Erde gibt. Die Werte des Seins stehen über denen des Habens. Eine nachhaltige Politik bedeutet den künftigen Generationen mindestens gleichwertige Lebensbedingungen zu hinterlassen und allen Menschen weltweit einen gerechten Zugang zu den natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.

Wie wir arbeiten? Jeder handelt an seinem Platz verantwortlich und bringt sich mit seinen Kenntnissen und Erfahrungen ein. Bei regelmäßigen Treffen stimmen wir Positionen und Aktivitäten ab. Wer sich mit einem Thema intensiv beschäf-

tigt hat, kann Diskussionen organisieren. Auch Sympathisanten und Aktive aus Umwelt- und Verkehrsverbänden sind bei uns herzlich willkommen.

Wir treffen uns an jedem vierten Donnerstag im Monat, 19 Uhr, in der „Pumpe“, Kiel, Haßstr. 22

tigt hat, kann Diskussionen organisieren. Auch Sympathisanten und Aktive aus Umwelt- und Verkehrsverbänden sind bei uns herzlich willkommen.

Im letzten Jahr haben wir uns intensiv mit Verkehrspolitik befasst – das Positionspapier ist auf der Homepage der Ökologischen Plattform veröffentlicht. Die Diskussion wurde schon vor einigen Jahren anhand der Broschüre **„Verkehrter Verkehr“**; zusammen mit deren Verfasser Gangolf Stocker angestoßen. Gangolf war früher in der ÖPF aktiv und war einer derjenigen, der den Widerstand gegen Stuttgart 21 mitbegründet hat. Stuttgart 21 und seine ökologischen Folgen stehen natürlich auch im Zentrum unserer Debatten und Aktivitäten.

2012 erarbeiteten wir Positionen zur Energiewende, zum Abschluss stand ein zweitägiges Seminar unter dem Titel „Energiewende mit Links“, welches wir bei unterschiedlichen Gelegenheiten wie im Wahlkampf, bei ATTAC und den Naturfreunden vorgetragen haben.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete auch die Wachstumsdebatte. Wir luden hier zu zwei relativ gut besuchten Veranstaltungen (15 - 20 Gäste) Sabine Leidig und Michael Schlecht ein. Dieses Thema werden wir weiter vertiefen (müssen). Im Rahmen des nächsten Landtagswahlkampfes werden wir das Thema ökologische Agrarpolitik weiter verfolgen.

Wir treffen uns regelmäßig ein Mal monatlich im Landesbüro der LINKEN in Stuttgart.

Die Riesenaufgabe, die der Sozialismus stellt, ist nicht von einem Proletariat zu bewältigen, das geistig nicht einmal reif genug ist, sich von kapitalistischen Zeitungen und kapitalistischer Wahlmache nicht beeinflussen zu lassen.

Otto Bauer

Tagebau Welzow Süd II - Einwendungen zum Braunkohlenplanentwurf der Landesregierung

Dieter Brendahl

Für mich ist die Energiewende die Ablösung atomarer und fossiler Energieträger durch Energiesysteme aus erneuerbaren Quellen.

Für die sichere Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen ist die Speicherung von Überschussstrom und Überschusswärme für Zeiten erforderlich, in denen kein Wind weht und keine Sonne scheint. Dafür müssen bereits heute die Grundlagen geschaffen werden. Das hat bisher in der Debatte über die energiewirtschaftliche Notwendigkeit neuer Tagebaue keine Rolle gespielt.

Zweitens, das ging auch aus dem Vortrag vom Gutachter Prof. Christian von Hirschhausen hervor: Es gibt einen grundsätzlichen Widerspruch zwischen dem grundlastgeführten, mit hohen Transportverlusten verbundenen System der Braunkohleverstromung in Großkraftwerken und dem bedarfsorientierten System der Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen. Deshalb ist ein Strukturwandel vom bestehenden System zu untereinander vernetzten dezentralen Systemen erforderlich.

Dieser Strukturwandel wird im Planverfahren unterschlagen! Es ist bekannt, dass die Kapazität des in Deutschland vorhandenen Gasnetzes den gesamten Energiebedarf mehrerer Wochen decken kann, in denen keine Kohle verfeuert wird, kein Wind weht und keine Sonne scheint.

Zur Energiespeicherung sind Umwandlungsanlagen erforderlich, wie sie VATTENFALL gemeinsam mit dem Besitzer von und Dienstleister für Windparks – ENERTRAG – im Raum Prenzlau betreibt. Sofern diese Anlagen oberirdisch betrieben werden, benötigen sie Fläche, die nicht nur die Flächen für Windparks und Solarkraftwerke beschränkt. Für den gesamten Speicherbedarf des Landes Brandenburg müssten so viel dieser Anlagen installiert werden, dass damit ganze Landstriche versiegelt werden.

Tagebaulöcher sind für Energieumwandlungs- und Speicheranlagen nicht geeignet. Es besteht aber ein großer Bedarf an unterirdischen Tunnelbauten, in denen solche Anlagen überwiegend automatisch, also mit geringem Wartungspersonal betrieben werden können. Dazu gehören

auch Druckluftspeicher und Langzeitwärmespeicher. In letzteren kann beispielsweise Sommerwärme für den Winter gespeichert werden. In meinen Augen ist es kultureller Frevel und Frevel an der Natur, wenn mit enormem Energieaufwand das Deckgebirge über Braunkohlenflözen abgetragen wird und die nach dem Abbau der Kohle entstandenen Löcher wieder zugeschüttet werden, ohne damit die Bedingung zu verbinden, Tiefbauten für den unterirdischen Betrieb von Energiespeicher- und Umwandlungsanlagen zu errichten. Energieumwandlungs- und Speicheranlagen sollten deshalb, auch zur Nutzung ihrer Abwärme, unterirdisch betrieben werden. Nichts liegt näher, als in Verbindung mit dem Braunkohlenbergbau Tiefbauten für diese Anlagen zu errichten!

Ein Braunkohlenplanentwurf im Zeitalter der Energiewende, der den Bau von Energiespeicher- und Umwandlungsanlagen vernachlässigt, ist für mich nicht genehmigungsfähig.

Dazu noch folgende Anmerkung:

Seitens der Betreiber und der Lobby privatkapitalistisch betriebener Großkraftwerke wird demagogisch behauptet, mit dem Wegfall der Braunkohleverstromung gingen Existenz sichernde Arbeitsplätze verloren. In Wahrheit geht es aber um die Erhaltung eines von der sozialen Marktwirtschaft ausgenommenen Ausbeutungssystems, von dem Staat und Gesellschaft abhängig gehalten werden sollen. Beispielsweise werden die Kosten des Stromtransportes vom Brandenburger Großerzeuger zu Hessischen Großverbrauchern der Allgemeinheit auferlegt, obgleich es ein Handelsgeschäft zwischen Unternehmen ist.

Von der gesellschaftlichen Verpflichtung zu naturverträglicher Energieerzeugung und -nutzung beizutragen, wird ein parasitärer Teil der Gesellschaft ausgenommen. Beweis dafür sind die nicht enden wollenden Bemühungen ihrer Lobby in Parteien, Gewerkschaften und Regierungen, den gesetzlichen Vorrang Erneuerbarer Energien zu beseitigen.

Wer glaubt, dass es dieser Lobby um die Erhaltung von Arbeitsplätzen geht, sollte sich von den Bemühungen des schwedischen Energiekonzerns

Vattenfall eines Besseren belehren lassen, der versucht, sich möglichst verlustarm von seinen deutschen Kohlekraftwerken zu trennen.

„Nicht während meiner Amtszeit“ Das NIMTOO – Prinzip (Not in my term of office)

Götz Brandt

Ob Manager oder Politiker, es wirkt so, als ob sie nur so weit denken, wie sie selbst in Verantwortung stehen oder ein Mandat haben. Das liegt auch daran, dass sich zu wenige Wähler für Zukunftsprobleme interessieren, die von den Politikern als Stimmvieh vernachlässigt werden können. Politiker oder Parteien, die Zukunftsprobleme und Problemlösungen artikulieren, verlieren in der Regel Wählerstimmen. Die Zukunft steckt nämlich voller ungelöster Probleme. In der Regel führt ihre Lösung zu einer Beeinträchtigung der Lebensgewohnheiten und des Lebensstandards der heutigen Wähler und sie werden deshalb ohne Bedenken späteren Generationen aufgebürdet. Bei den Managern ist das nicht anders. Sie sind von den Shareholdern angewiesen, kurzfristig Maximalprofite zu realisieren, ohne Rücksicht auf möglicherweise zukünftig sich verschlechternde Produktionsbedingungen, die weniger Profit zulassen. Manager denken oft nur ein Quartal voraus oder bis zur nächsten Dividendenausschüttung.

Diese Einstellung der Politiker und Manager war für den Bestand der Menschheit so lange nicht gefährlich, wie es keine Übernutzung der Natur gab und kein Ende der Rohstoffe absehbar war. Aber seit etwa 70 Jahren haben wir durch ein verfünffachtes Produktionsvolumen eine immer stärker anwachsende Übernutzung unseres Planeten zu verzeichnen und ein Ende der billigen Rohstoffe ist absehbar. Gegenwärtig leben wir so, als ob uns 1,3 Planeten zur Verfügung stehen würden und 2030 wird es, wenn wir so weiter machen, so sein, dass wir die Ressourcen von 2 Planeten plündern. Das führt unweigerlich zum Zusammenbruch der Ökosysteme und damit zum Ruin unserer Lebensbasis. Es geht also nicht mehr nur um die „Bewahrung und Rettung der Natur“, sondern es geht vielmehr um die „Rettung der menschlichen Zivilisation“. Oft wird immer noch so getan, als ob der Zeitpunkt einschneidender Verschlechterungen der Lebensbe-

dingungen in weiter Ferne liegen würde. Auch die LINKE-Fraktion im Bundestag ist im „PLAN B“ der Auffassung, dass wir 2050 immer noch akzeptable ökologische Verhältnisse haben würden und die Rohstoffkrise beherrschbar wäre. Das ist eine totale Fehleinschätzung.

Seit über 40 Jahren ist nach dem 1. Bericht des Club of Rome zu den „Grenzen des Wachstums“ bekannt, dass wir so nicht weiter produzieren und konsumieren können. Die weiteren Berichte des Club of Rome und andere Veröffentlichungen zum Thema Wachstum haben das erhärtet. Keiner kann also sagen, er hätte von nichts gewusst. Kein regierender Politiker oder verantwortlicher Manager ist aber bereit, den Wachstumskurs abzubrechen. Die Profite und der Wohlstand wären gefährdet. Die herrschende Klasse steuert also bewusst auf den Untergang der Menschheit zu, um den gegenwärtigen hohen Stand der Profite und des Wohllbens in den Industrienationen möglichst lange aufrecht zu erhalten. Sofortige Maximalprofite und sofortige gute Wahlergebnisse werden als wichtiger eingeschätzt als Zukunftsvorsorge. Karrieren und Profitstreben gefährden damit das Überleben der Menschheit. Nach uns die Sintflut, ist die eigentliche Losung der Regierungen.

Wie sich die Lebensbedingungen auf der Erde in einigen Jahrzehnten und einem Jahrhundert entwickeln werden, hat am besten James Lovelock, der Begründer des Gaia-Modells, prognostiziert (Gaias Rache. Warum die Erde sich wehrt. 2007): Er ist der Meinung, dass die Erderwärmung bereits weit fortgeschritten ist. Haben wir erst einmal einen bestimmten Schwellenwert überschritten – die Klimawissenschaftler geben dafür eine Erderwärmung um 2 °K an – dann wird die Erde unwiderruflich in eine neue heiße Phase übergehen. Selbst wenn wir dann sofort beginnen würden, die Schadstoffe aus der Luft industriell zu entfernen, würde es 1.000 Jahre dauern, bis sich die Erde vom bereits angerichteten Schaden er-

holen würde. Sobald die Erde rapide in ihren neuen heißen Zustand überzugehen beginnt, wird der Klimawandel mit Sicherheit den wirtschaftlichen und politischen Zusammenhalt in der Welt zerschlagen. Bereits ab 2,7 °K Temperaturerhöhung wird das Grönlandeis abschmelzen und den Meeresspiegel um etwa 6 m erhöhen. Schmelzen auch Teile der Antarktis, dann wird der Meeresspiegel um insgesamt 14 m ansteigen. Fast alle heutigen großen Bevölkerungszentren liegen unterhalb dieses Niveaus. Ein Temperaturanstieg um 4 °K würde genügen, um den Regenwald am Amazonas in Buschland zu verwandeln. Noch in diesem Jahrhundert kann die Temperatur um 5 °C ansteigen, wenn die fossilen Energieträger weiter wie bisher verbrannt werden. In Indien sollen in den nächsten Jahren 455 neue Kohlekraftwerke ans Netz gehen, in China sind bis 2020 weitere 400 Kohlekraftwerke geplant. Der Ausstoß der Klimaschadgase nimmt also rapide zu. Im nächsten Jahrhundert wird es zu einem Massensterben von Menschen in den Tropen und Subtropen kommen, weil in den Sommern die Dürreperioden die Ernten vernichten. Wer noch kann, wird nach Norden streben. Diese Völkerwanderung ist durch Frontex nicht aufzuhalten. Soweit die Prognose von Lovelock. Die zuletzt vorgelegten Prognosen des Weltklimarates stimmen damit weitgehend überein. Es wurden Handlungsvorschläge für die Regierungen dringlich empfohlen. Politiker, die sich diesen Prognosen verschließen und sie nicht wahrhaben oder zur

Kenntnis nehmen wollen, wird man in einigen Jahrzehnten zu Verbrechern erklären oder zu bewussten Vernichtern der Menschheit.

Für die übergroße Mehrheit der LINKEN-Politiker steht nach wie vor die soziale Frage im Mittelpunkt. Obwohl immer von einem sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft als Ziel die Rede ist, spielt die ökologische Komponente des Umbaus in der Tagespolitik so gut wie keine Rolle. Man könnte die LINKE ja mit den GRÜNEN verwechseln. Die sozial-ökologische Umgestaltung soll in einem gezähmten und weich gespülten Kapitalismus stattfinden. Diese politische Zielstellung steht nicht im Einklang mit den gegenwärtigen wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Zukunft der Menschheit. Im Mittelpunkt müsste nämlich die Überlebensfrage der Menschheit stehen. Diese kann nur gelöst werden, wenn das kapitalistische System der Profitwirtschaft sofort beendet und durch eine basisdemokratische, sozial gerechte und sozialistische Wirtschaft und Gesellschaft abgelöst wird. Die antikapitalistische Grundeinstellung der LINKEN muss einen neuen Inhalt bekommen: Der Kapitalismus ist überlebt und gefährlich, weil er das Fortbestehen der Menschheit gefährdet. Marx' Erkenntnis, dass der Kapitalismus den Menschen und die Natur vernichtet, kann sehr bald bittere Wahrheit werden, wenn wir nicht grundsätzlich gegen die kapitalistische Profitwirtschaft vorgehen.

„Entfaltung der Produktivkräfte“ heute: Ökologie statt Raubbau! – und was das mit Marx zu tun hat...

Christfried Lenz

Thesen *)

Gemeinhin versteht man unter „Entfaltung der Produktivkräfte“ das „mehr, schneller, besser“, also die immer schnellere Umwandlung von Naturstoff in immer mehr und bessere Gebrauchsgüter.

Dies Bestreben stellt die innere Triebfeder der bisherigen Menschheitsgeschichte dar. Entsprechend den technologischen Stufen, die durchlaufen wurden, bildeten sich die jeweils adäquaten Gesellschaftsformen.

*) Den vollständigen Text finden Sie auf <http://www.oekologische-plattform.de/?p=42858>

Vom Feudalismus zur kapitalistischen Gesellschaft

Besonders eingehend betrachten Marx und Engels den Übergang von der auf Landwirtschaft und Handwerk basierenden feudalen zur kapitalistischen Gesellschaft. Letztere wurde möglich durch die Erfindung von Kraftmaschinen und die hierauf aufbauende und sich in atemberaubendem Tempo entwickelnde moderne Industrie.

Mit dem Kapitalisten kommt auch ein Menschentyp nach oben, der charakterlich eine Affinität zum Wesen der neuen Produktivkräfte hat, zu der ihnen eigenen brutalen Kraft-

entfaltung und dem dementsprechenden raubbaumäßigen Einsatz.

Produktionsmittel im Sozialismus

Die Frage, welcher Art die Produktionsmittel in einer sozialistischen Gesellschaft sein werden, wird – so weit ich sehen kann – von Marx und Engels nicht systematisch aufgeworfen.

Sie denken nicht an eine Kritik der Industrialisierung als solcher, sondern im Gegenteil, dass die Arbeiterklasse diese erfolgreicher voranbringen kann als die Kapitalistenklasse.

Harmonie mit dem Planeten statt Raubbau

Sinn und Zweck von Technik und Industrie war es, uns vor den widrigen Seiten der Natur zu schützen und unsere materielle Existenz mit immer weniger Aufwand zu gewährleisten.

Heute müssen wir versuchen, uns vor den Auswirkungen und Nebeneffekten unserer Industrie und Technik zu schützen, die zu einer größeren Bedrohung geworden sind, als es die Natur jemals war.

Das „mehr, schneller, besser“ entpuppt sich heute als kontraproduktiv. Entfaltung der Produktivkräfte bedeutet heute, uns von den Raubbau-Methoden zu verabschieden und unseren Stoffwechsel mit der Natur so zu gestalten, dass er sich in den Gesamtorganismus des Planeten mit allen seinen Gegebenheiten und Lebensformen harmonisch einfügt.

Punktuelle Einsichten bei Marx

Ein Beispiel:

„In der Entwicklung der Produktivkräfte tritt eine Stufe ein, auf welcher Produktionskräfte und Verkehrsmittel hervorgerufen werden, welche unter den bestehenden Verhältnissen nur Unheil anrichten, welche keine Produktionskräfte mehr sind, sondern Destruktionskräfte...“ (Deutsche Ideologie, MEW 3, S. 69).

Proletariat ist nicht das revolutionäre

Subjekt

Im Manifest wird sehr anschaulich geschildert, wie im Schoß der alten Gesellschaft zwei Randgruppen, „Pfahlbürger“ und verarmte Bauern, heranwachsen, die erstere zur Bourgeoisie, letztere zum Proletariat, immer bedeutender und bestimmender werden, bis sie die Schalen der alten Gesellschaft sprengen, um die neue, bürgerliche Gesellschaft hervorzubringen, in der sie die beiden Hauptklassen darstellen.

Dass auf dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft eine der beiden Hauptklassen der – nun alten – bürgerlichen Gesellschaft der wesentliche Akteur sein soll, leuchtet keineswegs ein. Dass die Arbeiterklasse das revolutionäre Subjekt sei, wurde in der kommunistischen Bewegung zwar nie in Abrede gestellt, brachte jedoch schon immer Fragen und Schwierigkeiten mit sich. Zu sehr enttäuschte die reale Arbeiterklasse die in sie gesetzten Erwartungen, von der „Klasse an sich“ zur „Klasse für sich“ zu werden, die ihre historische Sendung anpackt – eine Erwartung, die letztlich auch jene Staaten, die sich als Diktatur der Arbeiterklasse verstanden, nicht einlösten.

Keime der „Assoziation freier Individuen“ im Kapitalismus

Tatsächlich bahnt sich der Übergang von der kapitalistischen zu der sie ablösenden Gesellschaft auf eine dem Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus durchaus analoge Weise an: Am Rand der „offiziellen“ Gesellschaft treten Individuen und Gruppen in Erscheinung, die sich in ihrem Denken und Handeln von den in der kapitalistischen Gesellschaft und ihren Klassen und Schichten herrschenden Mustern absetzen.

Sie experimentieren und finden Möglichkeiten, in der vom Kapital geprägten Welt konstruktive Zeichen zu setzen und Nischen zu etablieren. So z.B. die ökologische Landwirtschaft als praktisch gewordene Kritik an der kurzfristigen Ertragssteigerung und langfristigen Boden- und Naturzerstörung durch die Agrarindustrie.

Allesamt sind sie ausgeprägte Individuen, die sich in keine Klasse einordnen lassen. Man könnte sie daher „klassenlose Gesellen“ nennen, die, wenn es ihnen vergönnt sein sollte, weiter zu wachsen, das kapitalistische System sprengen und sich als Keime der „Assoziation freier Individuen“, also der klassenlosen Gesellschaft, erweisen könnten.

Der Klimawandel gebietet den Weg

Die Handhabung insbesondere von Photovoltaik und Solarthermie ist derart einfach, dass das jeder kann. Dadurch ist vorgezeichnet, dass ein sehr großer Teil der Energieerzeugung von Millionen kleiner Akteure übernommen wird. Für die wenigen Konzerne, die bisher den Energiemarkt unter sich aufgeteilt haben, bedeutet dies das Ende ihres Geschäftsmodells.

Die Übernahme von Verantwortung für die Energieversorgung durch Millionen von Menschen wird mit emanzipatorischen Prozessen verbunden sein. Die Demokratie wird sich verändern, sich von einem bloßen Wahlrecht zu einem Gestaltungsrecht vertiefen, was mit entsprechender Verantwortungsbereitschaft verbunden ist.

Für Marx beginnt die Existenzmöglichkeit des Individuums erst in der klassenlosen Gesellschaft. Tatsächlich kann diese aber nur entstehen, wenn es schon Individuen gibt, die sich auf den Weg dorthin machen – wofür Marx selber schließlich das beste Beispiel ist!

Kommt der nukleare Tod auch in die Türkei?

Ercan Ayboga

Die nächsten Wochen und Monate entscheiden darüber, ob der Bau des ersten Kernkraftwerks (AKW) des türkischen Staates in der Provinz Mersin offiziell beginnen wird. Anfang April 2014 hat das Konsortium des Akkuyu AKW – angeführt vom russischen Staatesunternehmen Rosatom – die zweimal überarbeitete Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) beim türkischen Umwelt- und Stadtministerium eingereicht. Die Proteste und Kampagnen dagegen laufen zur Zeit auf Hochtouren und es ist spannend, ob die zivilgesellschaftlichen Organisationen dieses für Mensch und Natur extrem gefährliche Projekt stoppen können.

Grundlagen zum Akkuyu AKW

Das Akkuyu AKW ist das erste der drei bisher geplanten AKWs in der Republik Türkei und befindet sich 140 km westlich von der Großstadt Mersin am Mittelmeer. Zwar scheiterten seit den 1970er Jahren mehrmals Versuche, eine Ausschreibung hierfür erfolgreich zu Ende zu führen. Doch im Jahre 2005 wurde ein Investitionsprogramm beschlossen und die notwendige Gesetzeslage Anfang 2007 geschaffen. Drei Jahre später hat die türkische Regierung zusammen mit der russischen Regierung ein Abkommen geschlossen, wonach das russische Unternehmen Atomstroyexport – es ist ein Tochterunternehmen des staatlichen Unternehmens Rosatom – das Akkuyu AKW nach dem build-operate-transfer Modell errichten soll. Sogleich gründete die russische Firma im Dezember 2010 die türkische Aktiengesellschaft „Akkuyu NGS Elektrik Üretim A.Ş.“, die für den Bau, den Betrieb, die Stilllegung und den Abbau des AKW-Akkuyu zuständig und verantwortlich ist. Dass es jetzt mit dem Bau so weit vorangeschritten wurde, hängt mit den gesteigerten finanziellen Möglichkeiten des türkischen Staates zusammen.

Das Bauwerk sollte ursprünglich 20 Mrd. US-Dollar kosten, inzwischen wird von 25 Mrd. Dollar*) ausgegangen. Diese hohen Kosten kommen unter anderem daher, dass die ganze grundlegende Infrastruktur für AKWs mit aufgebaut und besondere Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden müssen.

Diese Kosten werden allein vom Unternehmen Akkuyu NGSE. Ü. A.Ş. getragen, ebenso die zu erwartenden satten Gewinne. Nach einem hohen, über 15 Jahre zugesichertem Strom-Abnahmepreis (12,35 Cent/kWh) soll das Akkuyu AKW an die türkische Regierung übergeben werden.

Vier Reaktoren (des Typs WWER-1200 – AES-2006) mit je einer Leistung von 1200 MW sollen nach etwa 7 Jahren Bauzeit errichtet werden. 4800 MW würden einer jährlichen Stromproduktion von 35 Mrd. kWh und damit etwa 5 % des Staatsbedarfes entsprechen. Und das 49 Jahre lang.

Risiken und Folgen des Akkuyu AKW

Wie eingangs beschrieben, gibt es viele gute Gründe gegen AKWs. Die Anti-Atombewegung in der BRD hat immerhin genau 100 Gründe zusammengetragen, die hier nicht alle genannt werden sollen, doch grundlegend alle für die AKWs in der Türkei ebenso zutreffen. Statt dessen sollen die in der Türkei viel diskutierten Gefahren aufgeführt werden.

Das von der türkischen Regierung im Falle von Wasserkraftwerken verwendete Argument der Reduzierung der Energieabhängigkeit vom Ausland wird bei den AKWs außer Acht gelassen und statt dessen auf die angebliche Diversifizierung der Energiequellen verwiesen. Die Türkei hat keine Uranvorkommen und die Abhängigkeit von Russland, das auch einen Großteil des benötigten Erdgases liefert, wird erhöht.

*) Siehe Turkishpress, 21. Februar 2013

Es ist allseits bekannt, dass in vielen Gebieten der Türkei große Erdbeben mit vielen Menschenopfern stattfinden. Gerade auch das AKW Akkuyu liegt in einem stark Erdbeben gefährdeten Gebiet, denn nicht weit weg befindet sich eine tektonische Verwerfung. Diese war in der Vergangenheit Ursache für mehrere starke Beben. Auch deshalb wird die Auslegung des AKW auf ein Erdbeben mit einer Stärke von 6,5 auf der Richterskala heftig kritisiert. Unglaublich und lächerlich klein ist die dabei ausgeschriebene Katastrophenzone von 5 km Umkreis. Im Falle eines Super GAU wären die Provinzen Mersin, Antalya und Adana mit ihren vielen Millionen Menschen direkt betroffen; die Türkei und das östliche Mittelmeer im weiteren Sinne.

Die Kosten von 25 Mrd. US-Dollar sind enorm. Das ohnehin abzulehnende Projekt wird damit noch problematischer. Mit dieser Summe könnte ein Vielfaches an Strom mittels anderer Energiequellen erzeugt werden. Vor allem könnte mit etwas mehr als der Hälfte dieses Geldes das veraltete Stromnetz und -system (jährlicher Verlust beträgt zwischen 20 und 23 % des gesamten erzeugten Stromes) komplett erneuert und dabei mehr Strom eingespart werden, als durch das Akkuyu AKW produziert werden soll. Wenn 15 Jahre vom Akkuyu AKW Strom abgekauft werden muss, wird das die Entwicklung alternativer Stromerzeugung behindern.

Genauso problematisch wie die Baukosten sind die Kosten für den Rückbau des AKW nach seinem 49 jährigen Betrieb, für die Rosatom nicht in die Pflicht genommen wurde. Das heißt der Staat bzw. die Gesellschaft kommt dafür auf. Wenn wir bedenken, dass es sich um weitere Milliarden handelt, wird das Projekt noch stärker abzulehnen. Im Falle eines GAU können die Rückbaukosten schnell Dutzende und Hunderte Mrd. Euro kosten.

Der nukleare Abfall würde wahrscheinlich teilweise an Russland geliefert, wo für die (End-)Lagerung von Rosatom gesorgt werden soll. Dieser würde mittels Schiffen durch den Bosphorus transportiert, womit die 15 Millionen-Stadt Istanbul einer ernsthaften Gefahr bei einem Unfall ausgesetzt wäre.

In Izmir wurde die unterirdische Lagerung (eine dünne Schicht von Erde) von nuklearen Stoffen (Europium 152 und EU 154) bekannt und das

ganz in der Nähe einer Siedlung. Diese Lagerung wurde seit Jahren illegal vorgenommen. Das fiel nur auf, weil die radioaktive Strahlung in der betroffenen Region das 140 Fache des Normalen betrug. Die Regierung hat bis heute nicht erklärt, woher dies herkommt. Ein weiteres Beispiel, wie der türkische Staat eigene Gesetze übergeht, ihm das Recht eigentlich nicht wichtig ist und er sich nur unter gesellschaftlichem Druck scheinbar daran hält. Der Fall Izmir zeigt auch, dass die Türkei total unfähig ist, nukleare Abfälle selbst vorübergehend zu entsorgen. Angesichts der Tatsache, dass im türkisch-russischen Abkommen die Frage der nuklearen Abfälle nicht abschließend behandelt wurde, besteht die Gefahr, dass viele Regionen radioaktiv verseucht werden könnten.

Da die Anlage mit Meerwasser gekühlt werden soll, wird sich das Meerwasser in der Küstenregion deutlich erwärmen und dadurch Fauna und Flora erheblich zerstören. Zum Beispiel wären die zahlreichen Krähen- und Schildkrötenkolonien bedroht.

Widerstand

Bereits mit dem Auftauchen der Pläne für ein AKW im Westen von Mersin in den 1970er gab es Kritik, allerdings in sehr kleinem Rahmen. Dies wiederholte sich in den 1990er Jahren in einem etwas größeren Rahmen. Erst mit dem Investitionsprogramm für AKWs im Jahre 2005 kam die eigentliche und heute andauernde Protestbewegung ins Leben. Nach einigem Hin und Her gründete sich 2006 schließlich die wichtigste Bewegung gegen AKWs in der Republik Türkei: die Anti-Nuklear Plattform (NKP – Nükleer Karşıtı Platform). Während 2005 und 2006 die Anti-AKW Bewegung auch in den bürgerlichen Medien Widerhall fand, war bis 2010 nicht mehr viel von ihr zu hören. Erst mit dem türkisch-russischen Staatsvertrag von 2010 bekam sie wieder Auftrieb. Wie so viele soziale Bewegungen kann sie Akzente setzen, wenn die Gefahr als real empfunden wird. Die NKP ist unter der folgenden Web-Adresse zu erreichen:

<http://portal.nukleerkarsitiplatform.org/>

Die NKP ist türkeiweit organisiert und besteht aus lokalen Plattformen. Sowohl Einzelpersonen und Organisationen können Mitglieder werden. Somit ist sie offen für verschiedenes Engagement. Die Berufsorganisationen sind stark invol-

viert, vor allem die Elektroingenieure. Diese Form der gemeinsamen sozialen Bewegung ist für die Republik Türkei ungewöhnlich, da bei vielen anderen Themen, wie bei den staudammkritischen bzw. Wasserbewegungen eine starke Konkurrenz besteht.

Sowohl in Mersin als auch in Sinop ist die NKP die treibende Kraft gegen die AKWs und können mittels Demonstrationen manchmal viele Tausende Menschen in ihren Provinzhauptstädten erreichen. Sie leisten seit Jahren ununterbrochen wahrnehmbare Aktivitäten. In Izmir gibt es auch eine aktive NKP Gruppe, welche besonders gegen die Lagerung von nuklearen Abfällen kämpft. Ein Problem dieser Bewegung ist, dass die in erster Linie betroffenen Menschen – also die um das AKW lebenden – kaum aktiv in der NKP organisiert sind und die Plattform von Menschen aus den Provinzhauptstädten getragen wird. Es ist für den Erfolg der Bewegung sehr wichtig, dass diese im Zentrum stehen, sonst können der Staat und die Unternehmen dies ausnutzen. Allerdings muss im Falle von AKWs festgehalten werden, dass bei einem GAU die Menschen in den etwas

entfernteren oder naheliegenden (nicht in unmittelbarer Nähe) Städten deutlich mehr als bei einem Staudamm oder Bergwerk betroffen wären. Insofern können sie auch als Betroffene bezeichnet werden. Wie immer tritt auch hier der Kontrast zwischen Land und Stadt in der Republik Türkei – viele andere Staaten müssten ähnlich sein – auf. Die auf dem Land lebenden Menschen sind von vieler Infrastruktur und urbanen Möglichkeiten weit entfernt, leben oft in ärmlicheren Verhältnissen, erhoffen sich hohe Entschädigungszahlungen oder Arbeitsplätze und sind im Durchschnitt weniger kritisch.

Das Gegengift ist klar und eindeutig. Die AktivistInnen der Städte müssen so lange auf dem Land mit den Menschen arbeiten, bis die Mehrheit vom Kampf gegen ökologische und soziale Zerstörung überzeugt ist.

Wenn der Bau tatsächlich beginnen sollte, hat die Anti-Atombewegung das Potenzial, mit den Bewegungen gegen zerstörerische Staudämme und Wasserkraftwerke zu den bedeutendsten in der Republik zu gehören. Durch die von AKWs ausgehende riesige Gefahr kann ein wichtiger Teil der Gesellschaft auf die Straßen gebracht werden.

Falsche Vergleichende Diskussion

Ein wichtiges Problem, das viele Menschen in der Türkei und Nordkurdistan haben, sind falsche Vergleiche mit anderen – vor allem westlichen – Staaten in Bezug auf die Kernkraft. Ein solcher Vergleich besagt, dass sich die meisten Staaten dieser Welt immer mehr von der Kernkraft verabschieden und nur wenige Staaten wie die Republik Türkei daran festhalten. Dies wird vor allem mit dem Antrieb getan, die eigene Gesellschaft davon zu überzeugen, dass die Kernkraft abgelehnt werden muss. Doch entspricht das nicht der Wahrheit. Es ist zu bezweifeln, ob diejenigen, die das vertreten, das tatsächlich wissen oder nicht.

Es gibt insgesamt zehn Staaten, welche die Kernkraft trotz Baubeginn nicht in Angriff genommen haben, bereits ausgestiegen sind oder es beschlossen haben. Darunter fällt auch die BRD ab dem Jahr 2011. Jedoch gibt es mindestens 33 Staaten, die weiterhin AKWs betreiben, sogar neue planen, und Staaten, welche die ersten bauen bzw. AKW-Programme beschlossen haben.



Plakat der NKP Mersin vor den Kommunalwahlen, die keine Stimmen für AKW-Parteien fordert

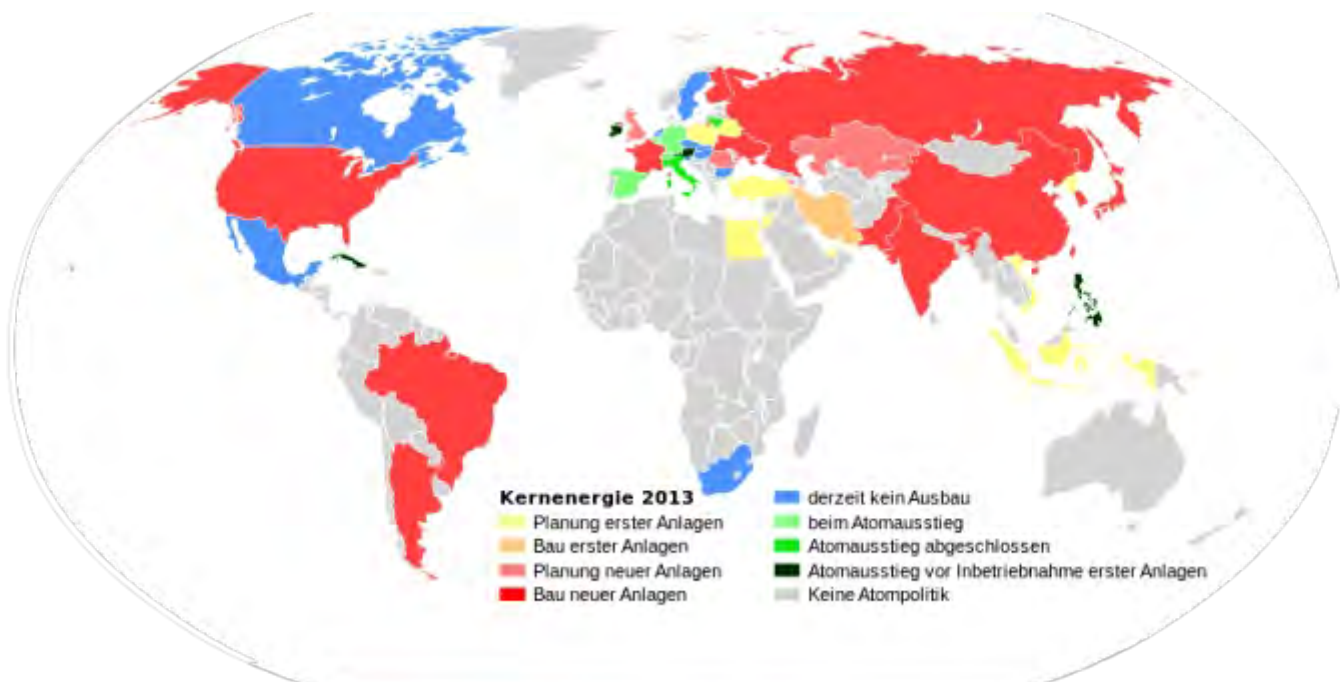
International

Zwar nimmt die Zahl der AKWs seit über zehn Jahren insgesamt nicht mehr zu, was auch an der Werbung gegen AKWs seit den 1980er Jahren liegt. Doch ist die Zahl der AKWs mit 430 und 445 weltweit relativ stabil. Eine kleine Renaissance der AKWs erfolgte mit der Diskussion über die Klimaveränderung ab 2007. Mehrere Lobbyverbände und Staaten forderten mehr AKWs, da sie angeblich „erneuerbar“ wären. So haben einige Staaten wieder beschlossen, AKWs zu bauen. Auch die USA versuchten um das Jahr 2009, die sich in die Länge ziehenden Baumaßnahmen zu beschleunigen. Im gleichen Jahr kippte die deutsche Bundesregierung den sogenannten „Atomausstieg“.

In diesem „Aufschwung“ der Kernkraft passierte etwas Unvorhergesehenes: Die Katastrophe von Fukushima im Jahr 2011 mit dem zweiten großen Super-GAU der Menschheitsgeschichte. Und das im Technologie-Staat Japan, der als einer der sichersten betrachtet wurde. Dies beeinflusste einige Staaten, wieder mehr Abstand zur Kernkraft zu halten; u.a. die BRD, in der seit über 30 Jahren allerdings eine starke Anti-Atombewegung aktiv ist.

Doch das währte auch nicht lange. Jetzt versuchen z.B. in der BRD die AKW-Betreiber und Lob-

byisten den bis 2022 geplanten deutschen Atomausstieg zu kippen. So erreichten die Konzerne, dass ihnen Milliarden für den Ausstieg von der Bundesregierung gezahlt werden. Dieser Beschluss des Verfassungsgerichtes spielt denjenigen in die Hände, die gerne den Atomausstieg um Jahrzehnte hinausschieben würden. Auch Japan hat dieses Jahr angekündigt, viele der 2011 stillgelegten AKWs wieder in Betrieb zu nehmen. Sowohl türkische als auch kurdische Organisationen und Einzelpersonen verkennen diese Entwicklungen und die laufenden internationalen Diskussionen. Sie übernehmen nur den Teil der Entwicklungen und Nachrichten, die in ihre Kampagne passen. Auch wenn das begründet werden könnte, sollte eine Auseinandersetzung mit der vollen Wahrheit geführt werden. Eine umfangreiche Diskussion würde hingegen eine tiefer gehende Auseinandersetzung mit sich bringen, die langfristig von großem Nutzen wäre. Ziel für eine erfolgreiche Kampagne sollte es auch sein, weniger politische Menschen und Kreise zu erreichen, die vom Staat beeinflussbar sind. Denn das Problem angesichts der bestehenden politischen Verhältnisse im türkischen Staat wird Mensch und Natur noch Jahrzehnte begleiten.



Karte mit Staaten, die sich von der Kernkraft entfernen, und Staaten, die daran festhalten und sogar ausbauen wollen

Ökologische Plattform bei der LINKEN, Sprecherrat: Energiepolitische Eckpunkte (Mai 2014)

Im Koalitionsvertrag haben die Energiekonzerne das Abwürgen der Energiewende und die Weiterführung der fossilen Stromerzeugung durchgesetzt. Alle Ziele der Bundesregierung zur Reduzierung des Kohlendioxidausstoßes sind damit Makulatur geworden. Wenn das Kapital die Energiewende von oben blockiert, dann kann die Antwort nur sein: **Beschleunigung der Energiewende von unten.**

Grundlagen für linke energiepolitische Ziele und Maßnahmen:

1. Seit 1990 haben die Emissionen weltweit um nahezu 50 % zugenommen.

Die **Erderhitzung** wird voraussichtlich auf Grund der ungebremst zunehmenden Klimagasemissionen unausweichlich auf uns zu kommen, mit 5 °C Erderwärmung und katastrophalen Folgen in allen Erdteilen. In 15 Jahren schließt sich das Fenster für bezahlbare wirkungsvolle Maßnahmen zum Klimaschutz. Gibt es bis 2030 keine vollständige Umstellung auf erneuerbare Energieträger, dann muss das Kohlendioxid aktiv aus der Erdatmosphäre entfernt werden, um eine weitere Erderhitzung zu unterbinden. Das würde dann bis zu 12 % der globalen Wirtschaftsleistung in Anspruch nehmen und damit fast den gesamten Profit der Wirtschaftsunternehmen auffressen. Preisgünstiger wäre die sofortige Umstellung auf erneuerbare Energie. Energiepolitisches Ziel müsste daher auch aus wirtschaftlichen Gründen die volle Umstellung auf erneuerbare Energie bis 2030 sein. Das ist schon nicht mehr realistisch. Für die Stromerzeugung hatte die SPD im Wahlkampf noch einen Zuwachs auf 75 % Anteil EE gefordert, im Koalitionsvertrag sind nur 55 % (bis 2035) übrig geblieben. Diese Zielstellung ist völlig unzureichend. Mit gutem Grund haben sich über 50 Länder die deutsche Gesetzgebung zum Vorbild genommen. Das EEG hat bisher ein hohes Ausbautempo bei den erneuerbaren Energien gewährleistet. Es muss beibehalten und so verändert werden, dass das Ausbautempo noch erhöht wird. Doch die Regierung macht das Gegenteil, im nächsten Jahr gehen

mehr Kohlekraftwerkskapazitäten ans Netz als erneuerbare Energieanlagen. **Für uns sind 100 % erneuerbare Energien an der Gesamt-Primärenergiebereitstellung bis zum Jahr 2050 ein nicht verhandelbares, zwingendes ökologisches und wirtschaftliches Ziel.**

2. **Die fossilen Energieträger sind endlich und werden immer teurer.**

Unser wichtigster Energieträger ist **Erdöl**, dessen weltweites Fördermaximum 2010 überschritten wurde. Das Zeitalter des billigen Erdöls ist zur Hälfte durchschritten, doch der Verbrauch steigt immer noch progressiv an. Der Peak **Gas** wurde 2011 überschritten. **Kohle** soll noch 100 Jahre reichen, das globale Fördermaximum wird 2020 erreicht. Seit der Jahrtausendwende ist der Kohleverbrauch weltweit um 70 % angestiegen. Bei **Uran** wird das Fördermaximum 2025 erwartet. Bei allen fossilen und atomaren Energieträgern ist das **Ende der Förderung absehbar** und dennoch wird keine Vorsorge für kommende Generationen getroffen, die für bestimmte Produkte auf fossile Energieträger angewiesen sind. Eine schnelle Umstellung auf erneuerbare Energien ist für den Fortbestand der Menschheit unabdingbar. Deutschland ist hochgradig von Importen abhängig (Uran 100 %, Mineralöl 97 %, Erdgas 86 %, Steinkohle 78 %). Die Kosten für die Energieimporte wachsen beständig. Während Deutschland 2005 ca. 60 Mrd. € für Energieimporte ausgegeben hat, waren es 2012 bereits 93,5 Mrd. €. Die kostengünstig ausbeutbaren Vorkommen gehen zur Neige. Auf Grund der hohen Importabhängigkeit wird Deutschland bei der Sicherung der Rohstoffversorgung in Konkurrenz zu anderen Industriestaaten treten und eine imperiale Machtpolitik verfolgen, die auch zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen wird. **Im Interesse zukünftiger Generationen, geringerer Energiekosten und einer friedlichen Außenpolitik fordern wir die vollständige Umstellung auf erneuerbare Energie.**

3. Privathaushalte und Wirtschaft benötigen sichere, ausreichende Stromversorgung.

Die Versorgung ist gegenwärtig sicher und ausreichend, denn Deutschland hat Überkapazitäten und exportiert Strom ins Ausland. Doch erneuerbare Energien haben einen Nachteil: ungleichmäßige räumliche Verteilung und starke zeitliche Schwankungen. Große PV-Kraftwerke (z.B. Neuhardenberg) produzieren bei wechselnder Bewölkung leicht Stromschwankungen von mehreren Megawatt pro 10 Minuten. Das stellt das Stromnetz zur Zeit vor enorme Schwierigkeiten. Die Folge: Abregelung der Spitzen, Vergeudung erzeugten EE-Stroms und zusätzliche Kosten für die Verbraucher. Es gibt zwei Lösungsmöglichkeiten: Ausbau des Netzes so, dass die Spitzenleistung (ab-) transportiert werden kann, und Erweiterung der EE-Erzeugungsanlagen mit Stromspeichern, die zumindest die Kurzzeitschwankungen ausgleichen. **Beides** ist nötig, aber Hochleistungs-Stromtrassen dienen (auch) den Stromkonzernen und dem Weiterbetrieb atomarer und fossiler Kraftwerke. Entsprechend stark sind der Widerstand in der Bevölkerung und die Probleme der Realisierung. Dagegen ist die erforderliche Speichertechnik z.B. in Form von Bleiakkus bereits jetzt einsetzbar. (Die BEWAG hat in Berlin bis 1994 einen Speicher mit 17 MW für 20-30 min betrieben.) Gepufferte EE-Anlagen erleichtern ihre Integration in die vorhandenen Netze und mindern den Ausbaubedarf. Sie sind möglichst kurzfristig einzusetzen, um die **Energiewende zu beschleunigen. Wir fordern, alle neu errichteten PV- und Windkraftanlagen mit Pufferspeichern auszurüsten. Dafür ist ein gut dotiertes Marktanzreizprogramm aufzulegen; die Mittel sind durch Kürzung der Subventionen und Vergünstigungen des fossil-atomaren Komplexes (ca. 16 Mrd. € p.a.) aufzubringen.**

4. Privathaushalte und Wirtschaft benötigen eine kostengünstige Versorgung mit Energie, doch es gibt keine Kostenwahrheit bei den Energiepreisen.

Die **Produktionskosten** zur Herstellung von Strom und Wärme sollten auf alle Verbraucher **gleichmäßig verteilt** werden. Das ist gegen-

wärtig nicht der Fall. Die stromintensive Industrie zahlt 5 ct/kWh, die Industriekunden 12,8 und die Privathaushalte 25,74 ct/kWh. Die Bundesregierung will den Preisanstieg für Energie durch Kappung des Ausbaus der erneuerbaren Energie mildern (EEG-Umlage). Die anderen wichtigen Gründe für das Steigen der Energiepreise bleiben unbeachtet. Die Industrierabatte bei der EEG-Umlage (2013 4 Mrd. €) sind bei sehr vielen Betrieben nicht gerechtfertigt (z.B. Lebensmittelhersteller). Die Privathaushalte und Kleinunternehmen müssen dadurch die EEG-Umlage der davon befreiten Industrie mittragen, was 1,4 Cent/kWh ausmacht. Preissenkungen an der Strombörse werden von den Energiekonzernen nicht an die Haushaltskunden weitergegeben. Ein weiterer Kostentreiber ist der Ausbau der Offshore-Windkraftanlagen, den die Bundesregierung nicht deckeln will. Die Offshore-Anlagen bekommen eine doppelt so hohe Vergütung wie die Onshore-Anlagen, sie müssen den Netzanschluss nicht selber bezahlen, sie haften nicht bei Übertragungsproblemen beim Netzanschluss. Das erhöht die EEG-Umlage. **Für Geringverdiener sind Basisfrei-Progressiv-Tarife einzuführen, damit die Energiewende sozial gestaltet wird und ein Anreiz zum Energiesparen entsteht. Wir fordern die Streichung der ungerechtfertigten Industrierabatte, eine öffentliche Strompreis-Aufsicht über das Endkundengeschäft, Beschleunigung der kostengünstigen Windkraft an Land und Abbau der kostenträchtigen Überförderung der Windkraft auf dem Meer, Vermeidung unnötiger Kosten für Nord-Süd-Hochspannungsleitungen.**

5. Die Wirtschaftskraft der deutschen Industrie zur Herstellung von Anlagen der erneuerbaren Energie wird durch fast 400.000 Beschäftigte gesichert. Der Anlagenzubau an Land betrug im Jahr 2013 knapp 3.000 MW (1.150 Anlagen). Insgesamt kann die Windbranche 34.000 MW zur Stromerzeugung bereitstellen (8 % Anteil am Strommix). Die installierte Leistung bei Photovoltaikanlagen beträgt etwa 35.000 MW. Durch den nicht stetigen Wind- und Sonnenlichtanfall werden aus PV und Windkraft aber nur **5.000 bis**

55.000 MW für das Stromnetz bereitgestellt, etwa die Hälfte der installierten Leistung. Eine Umstellung auf Vollversorgung mit erneuerbarer Energie verlangt daher wesentlich mehr Kapazität bei Wind- und Sonnenkraftanlagen (etwa 200.000 MW). Nach Angaben des Bundesumweltamtes ist in Deutschland ein technisch-ökologisches Potential von 275.000 MW vorhanden. Bis 2020 wäre also ein Zubau auf 120.000 MW möglich. **Die Fertigungskapazitäten der Industrie reichen aus, um bis 2050 auf 100 % erneuerbare Energie umzusteigen.**

6. **Demokratie im Energiesektor.** Bisher war die durch das EEG eingeleitete Energiewende zur Hälfte eine Wende von unten, denn fast die Hälfte der Anlagen der Erneuerbaren Energie sind von einzelnen Bürgern oder den inzwischen 900 Energiegenossenschaften finanziert worden. Die Bürger waren Motor und Marktführer der Energiewende. 2012 gab es 132 Regionen mit knapp 20 Mio. Einwohnern, die so viel erneuerbare Energie erzeugten, wie sie verbrauchen. Rein rechnerisch ist die Energiewende auf einem Viertel der Fläche Deutschlands bereits vollzogen. Ein großer Teil der Stromversorgung erfolgt bereits dezentral. Von den mehr als 1 Mio. Solarstromanlagen sind 98% dezentral ans Niederspannungsnetz angeschlossen und erzeugen den Solarstrom verbrauchernah. Die PV-Kraftwerke der Megawattklasse erbringen nur 15 % der Leistung aller PV-Anlagen. Wir wollen die Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit zur Energiewende nutzen, um sie weiter voran zu bringen. Die Bundesregierung und Konzerne setzen mit großen Windparks und hochleistungsfähigen Übertragungsnetzen auf zentrale Lösungen; diese lassen sich besser kontrollieren. Doch immer mehr Bürger wollen sich die stetig steigenden Energiepreise nicht mehr von den großen Stromerzeugern und Netzbetreibern diktieren lassen, sondern sich selbst mit Energie versorgen. **Die Lösung sind ezentrale PV-Anlagen mit Stromspeichern. Sie können einen Beitrag zur Demokratisierung der Stromversorgung leisten.**
7. **Die Förderung von Wirtschaft und Forschung im Energiesektor umstellen.** Ge-

genwärtig wenden die Nationen der Welt mehr Geld für Subventionen der fossilen Brennstoffe auf als für Investitionen in die erneuerbare Energie. Das ist auch in Deutschland so. 2013 wurden insgesamt 51 Mrd. € Steuergelder für umweltschädliche Zwecke verwendet. Würden die gegenwärtigen Subventionen (etwa 40 Mrd. €/a) für die fossil-atomare Energiewirtschaft dem Strompreis zugerechnet, dann würde dieser 10 Cent/kWh höher liegen. Die EEG-Umlage beträgt derzeit 6,24 Cent/kWh. Ohne die Subventionen für die fossil-atomare Energieerzeugung wären die Erneuerbaren Energieanlagen auch ohne EEG-Zuschläge wettbewerbsfähig. **Wir fordern, die Subventionierung der fossilen Brennstoffe auf die erneuerbaren Energien umzuleiten.**

8. **Bei der Wärmeerzeugung findet die Energiewende so gut wie nicht statt.** 54 % des deutschen Energieverbrauchs entfallen auf die Bereitstellung von Warmwasser, Heizung und Prozesswärme der Industrie. Bei Strom sind es nur 21 %. Der drittgrößte Verursacher von Klimagasemissionen sind die Privathaushalte mit der Heizung der Wohnräume. Zwei Drittel der Gebäude haben keine Wärmedämmung, nur jede fünfte Heizungsanlage entspricht den energetischen Anforderungen. 75 % des Bestandes der 20,5 Mio. Wärmeerzeuger sind technologisch veraltet. Die Umstellung auf effizientere Anlagen stagniert. Die bisherige Förderung bei der energetischen Sanierung der Gebäude ist völlig unzureichend. Selbst wenn die gegenwärtige Sanierung des Gebäudebestandes verdoppelt würde, könnte sie frühestens 2050 beendet werden. Das ist viel zu spät. Die Regierung verbleibt bei der bloßen Ankündigung verstärkter Energieberatung, die aber wegen zu geringer Förderung und hohem bürokratischen Aufwand kaum Wirkung entfaltet. Abschreibungsmöglichkeiten nutzen nur Miet- und einkommensschwache EFH-Besitzer werden nicht gefördert. **Wir fordern erhöhte Anstrengungen zur Primärenergieeinsparung im Gebäudebestand.**
9. **Es fehlen Suffizienzstrategien.** Unstrittig ist, dass es viele Reserven gibt, um den Energieverbrauch zu senken. Die EU hat sich das Ziel gesetzt, bis 2020 etwa 20 % des

Energieverbrauchs durch Energieeffizienz einzusparen. Doch Suffizienzstrategien fehlen vollständig; sie widersprechen dem Ziel kapitalistischer Produktion nach immer größerem Absatz der Produkte. Die Werbung unterläuft alle Ansätze, auf energierelevante Güter oder Dienstleistungen zu verzichten oder sich einzuschränken. Suffizienz wird nur bei den Armen erzwungen, die so geringe Einkommen haben, dass sie beim Energieverbrauch sparen müssen. Das betrifft etwa 20 Mio. Rentner und Arbeitslose. Es besteht also wenig Aussicht, dass die kapitalistische Wirtschaft Suffizienzstrategien unterstützen wird. **Wir fordern, die Umsetzung der EU-Suffizienzstrategie in Deutschland.**

10. **Sonne und Windstrom ergänzen sich und müssen durch Energiespeicher liefer sicher gemacht werden.** Diese Entwicklung wird von der Bundesregierung im Interessen der Energiekonzerne durch die Pflicht zur Direktvermarktung und zu Ausschreibungen ausgebremst. Bei der angestrebten Vollversorgung mit Erneuerbarer Energie, die vor allem durch Solar- und Windstrom erreicht werden kann, werden an sonnigen und windreichen Tagen Überschussleistungen (bis zu 60 GW) erzeugt, die nicht zeitgleich verbraucht werden können. Das ist eine Größenordnung, die fast der Spitzenlast entspricht. Die **vorübergehende bzw. saisonale Speicherung dieser überschüssigen Energie ist bei vollständigem Umstieg auf erneuerbare Energie unbedingt erforderlich.** Bei großen Speicherkapazitäten sind Pumpspeicherkraft-

werke gegenwärtig die effizienteste und kostengünstigste Speicherlösung (7 Cent/kWh). Andere Speichertechnologien sind gegenwärtig noch zu teuer: Elektrolyse von Wasser 30 Cent/kWh, Methanisierung 70 Cent/kWh, Druckluftspeicher 20 Cent/kWh. Die Kapazität der Pumpspeichieranlagen liegt zur Zeit bei **6.700 MW**. Im Bau bzw. in Planung befinden sich Kapazitäten von 5.000 MW. **Benötigt werden aber mindestens 30.000 MW.** Diese wirtschaftliche Aufgabe im Rahmen der Energiewende wird von der Regierung weder als Problem gesehen noch einer Lösung zugeführt. Der Grund ist, dass garantiert werden soll, dass die fossilen Kraftwerke weiter wie bisher in Volllast laufen können und nicht abgeschaltet werden müssen. **Wir fordern die Förderung weitestgehend dezentraler Energieversorgung von Dörfern und Kleinstädten sowie Konzeptionen zur Entwicklung und zum Ausbau von Speichertechnologien.**

Literatur:

- Sozial, ökologisch, demokratisch. Eckpunkte für eine Reform der Ökostromförderung.; Die LINKE im Bundestag. 13.2.2014
- Positionen linker Parteien und Bewegungen zur Energie- und Klimapolitik der EU.; Ulrich Schachtschneider. Studien der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Oktober 2013.
- PLAN B. Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau.; Die LINKE im Bundestag. 15.6.2012
- Memorandum zu den „Eckpunkten für eine EEG-Novelle“. EuroSolar, Januar 2014
- Energiewende als lohnende Zukunftsinvestition begreifen. Positionspapier.; Forum ökologisch-soziale Marktwirtschaft. 03/2013.
- Subventionierung der Höchstverbraucher-Strompreise und internationale Konkurrenzfähigkeit; Tarantel Nr. 64; März 2014
- Energiewende nicht abwürgen, sondern durch Ausbau mit dezentralen Speichern für regenerative Energien beschleunigen!; Erklärung des Bundestreffens der Ökologischen Plattform in Bad Sachsa am 21. April 2013; <http://oekologische-plattform.de/?p=5445>

Sklaven des Wachstums

Rezension von Götz Brandt

Reiner Klingholz ist Demografieexperte und leitet das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Erwartungsgemäß steht deshalb die Bevölkerungsentwicklung im Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum im Mittelpunkt der Untersuchungen. Durch die zwangsläufige Senkung der Fertilität (Fruchtbarkeit) im Gefolge der Wohlstandsentwicklung sind wir Sklaven der Gesellschaftsentwicklung, meint der Autor.

Aber zuerst entführt er uns ins Grönland der Jah-

re 2070 bis 2135. Da hat der Klimawandel die Insel grün gemacht, der Eispanzer ist weitgehend abgeschmolzen und der Weinbau floriert. Die globale Mitteltemperatur ist bis dahin um 4,6 °C angestiegen, in Grönland aber über 9 °C. Klimaflüchtlinge aus Bangladesch haben sich angesiedelt. Die Menschheit ist auf 4 Mrd. geschrumpft, mehr Kohlendioxid wird absorbiert als die Erdenbewohner produzieren. Das Zeitalter des Postwachstums hat begonnen. Allein durch

den Automatismus der Bevölkerungsentwicklung wurde das Wirtschaftswachstum beendet.

Der Autor hat zwar erkannt, dass wir mit Vollgas weiter wachsen und alle nur erreichbaren Reserven bedenkenlos verbrauchen. Die überwiegende Mehrzahl der Menschen hält Wirtschaftswachstum für gut und notwendig und immer mehr Menschen kurbeln das Wirtschaftswachstum an. Dadurch wird die Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung immer prekärer. Allein der Autor vertraut darauf, dass es unverändert so weiter gehen wird, bis die Weltbevölkerung anfängt zu schrumpfen. Dann wäre der Fortbestand der Menschheit gesichert.

Er stellt fest, dass die Umweltbewegung in den letzten 50 Jahren die Umwelt nicht retten konnte und ein Umdenken, was das ungebremste Wirtschaftswachstum betrifft, nicht stattgefunden hat. Der Appell an die Vernunft ist verhallt, die Umweltbewegung gescheitert. Die Menschen fangen erst an nachzudenken, wenn es durch Katastrophen an ihren eigenen Geldbeutel geht. Nur äußerer Druck erzeugt Veränderung. Der Druck durch die Auswirkungen des Klimawandels ist aber noch nicht so stark, dass es zu internationalen Übereinkünften kommen könnte, den Klimawandel zu stoppen. Auch Effizienzsteigerungen und ein „Green New Deal“ haben das Wirtschaftswachstum nicht stoppen können.

Wir können also nur abwarten, bis sich das Wirtschaftswachstum durch den Bevölkerungsschwund selbst ausbremst. Bedingt durch den wachsenden Wohlstand ist die Bevölkerungszahl in den meisten Industrieländern bereits gesunken. Wenn sich in den Schwellenländern ebenfalls ein größerer Mittelstand durch Wirtschaftswachstum bildet, dann wird sich auch in diesen Ländern die Bevölkerung verringern. Aus der Bevölkerungsexplosion wird eine Implosion. Schon in 200 Jahren wird es dann nur noch halb so viele Menschen geben wie heute, sagt der Demografie-Wissenschaftler voraus.

Für die einzelnen Industrieländer und Schwellenländer wird eine detaillierte Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung gegeben. Deutschland und Japan sind diejenigen Nationen, deren Bevölkerung zuerst schrumpft, sie geraten in die „Niedrigfertilitätsfalle“. Bei den armen Ländern wird es eine Weile dauern, bis auch dort die

Frauen weniger Kinder bekommen. Der Autor untersucht, ob es bei zunehmendem Anteil älterer Menschen zu einer „Gerontokratie“ kommen kann.

Was uns droht, hat der Bundesminister der Finanzen Wolfgang Schäuble bereits klar erkannt (2011 im Wochenblatt „Christ und Welt“): „Das grenzenlose Profitstreben, für das es keinen automatischen Haltepunkt gibt, die Erzeugung immer neuer Bedürfnisse in der Konsumgesellschaft und der Raubbau an den auf der Erde verfügbaren natürlichen Ressourcen, sie alle führen zu Zuständen, die für das menschliche Wohlergehen und sogar für das menschliche Überleben bedrohlich sind.“ Aber weder er noch die Regierung, Manager und Shareholder richten sich nach dieser Erkenntnis. Da muss von den Linken nachgeholfen werden.

Die Grundaussage des Buches, dass der vom Wohlstand der Nationen abhängige Bevölkerungsschwund das Wirtschaftswachstum aufhalten und umkehren könnte, ist eine Erkenntnis, die in ihrer Wirkung zu spät kommt. Bis der Bevölkerungsschwund in Afrika zur Wirkung kommt, hat der Klimawandel inzwischen zum Hunger und Tod von Abermillionen Menschen geführt. Der Meeresspiegelanstieg um 6 m durch Abschmelzen des Grönlandeises wird ebenfalls vor dem Bevölkerungsschwund eintreffen und Millionen von Menschen obdachlos machen. Die Weltbevölkerung wird eher durch diese Ereignisse schwinden und nicht erst auf langwierigem natürlichen Wege. Der Autor hat auch vergessen, das Ende der leicht verfügbaren Rohstoffe entsprechend zeitlich einzuordnen, denn Peak Oil, Gas, Kohle, Boden, Phosphor usw. werden früher eintreten als in 200 oder 300 Jahren, wenn der Bevölkerungsschwund die Zahl der Menschen halbiert hat.

Dennoch ist das Buch insofern wertvoll, als es eine detaillierte Übersicht über die Bevölkerungsentwicklung aller Erdteile und der wichtigsten Nationen in den nächsten 200 Jahren gibt und aufzeigt, welche Probleme damit verbunden sind.

Reiner Klingholz: Sklaven des Wachstums. Die Geschichte einer Befreiung. Campus Verlag Frankfurt/New York. ISBN 978-3-593-39798-6, 348 S. 24,99 €

Umkämpfte Rohstoffe. Märkte, Opfer, Profiteure

Rezension von Götz Brandt

Die Zukunft der Menschheit hängt im Wesentlichen davon ab, ob wir die Erderhitzung und das Wirtschaftswachstum stoppen können. Beide Probleme hängen eng zusammen und müssen im Komplex gelöst werden.

Das Wirtschaftswachstum ist gekoppelt an die progressive Ausbeutung der endlichen Rohstoffe, der metallischen, der energetischen und der Agrarrohstoffe. Durch zukünftigen Rohstoffmangel ist besonders die deutsche Wirtschaft bedroht. Im Inland haben wir außer Braunkohle und Baurohstoffe kaum abbauwürdige metallische Rohstoffe. Letztere werden zu fast 100 % importiert. Deutschland kaufte 2011 für insgesamt 137,6 Mrd. € auf den Rohstoffmärkten ein.

Von den Autoren werden mit aktuellen Zahlen und Statistiken für alle wichtigen Energierohstoffe, metallischen Rohstoffe, Agrarrohstoffe und Wasser die Reserven, Ressourcen, die Verteilung weltweit, die Bedeutung für die Wirtschaft und das absehbare Ende der Verfügung untersucht.

Die „neuen Player an den Rohstoffmärkten“ (BRICS = Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) werden in ihrer Bedeutung, ihrem zunehmenden Hunger nach Rohstoffen, ihrer Politik zur Sicherung von Rohstoffen und ihrem Einfluss auf die Versorgung Europas beleuchtet.

Ein Kapitel widmet sich den neuen Wegen zur Rohstoffgewinnung: Schiefergas und Fracking, Tiefseebohrungen (z. B. vor Angolas Küste mit 1.400 m Wassertiefe Bohrungen bis 10 km Tiefe), Abbau von Erzen mit niedrigem Konzentrationsgrad, Abbau in der Arktis und Antarktis. Auch

das Recycling wird in seinen Möglichkeiten untersucht.

In einem gesonderten Abschnitt werden die großen Bergbaukonzerne und Rohstoffhändler vorgestellt und ihr Einfluss auf die Preisgestaltung. Deutschland als bedeutender Rohstoffkäufer ist da nicht beteiligt und hat keinen Einfluss. Auch das Millionenheer der Kleinschürfer (die bei Zinn 50 %, bei Tantal 26 % und bei Gold 25 % der Weltfördermenge schürfen), wird in Bedeutung und Arbeitsbedingungen untersucht. Die Schweiz als Rohstoff- Handelsdrehkreuz, die Kapitalanlagen und Investitionen auf den Rohstoffmärkten sowie die Funktion der Rohstoffbörsen sind in einem eigenen Kapitel dargestellt.

Das Buch gibt einen guten, aktuellen und globalen Überblick auf dem Gebiet der Industrie-Rohstoffe und stellt die Problematik umfassend und detailliert dar.

Ein Schlusskapitel befasst sich mit den Lösungsansätzen für das Rohstoffproblem. Hier bleiben die Autoren bei den üblichen Vorschlägen stecken: der Kunde soll's richten und seinen Lebensstil ändern, Nachhaltigkeit und Wachstum schließen sich aus, die Ressourceneffizienz muss verbessert werden, der Staat soll durch Gesetze Einfluss nehmen. Die eigentliche Ursache des Problems, die profitorientierte kapitalistische Wirtschaft, wird nicht erwähnt. Aber ohne Abschaffung dieser Wirtschaftsform wird es keine Lösung der brennenden Menschheitsprobleme geben.

Dieter Eich; Ralf Leonhard: Umkämpfte Rohstoffe. Märkte, Opfer, Profiteure. 2013, ISBN 978-3-86153-710-6

Autorenangaben

Katja Kipping, MdB, ist Vorsitzende der Partei DIE LINKE.

Eva Bulling-Schröter, MdB, ist Sprecherin für Energie- und Klimapolitik der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

Prof. Dr. Wolfgang Methling, Landesumweltminister in Mecklenburg-Vorpommern 1998 bis 2006, umwelt-, energie- und agrarpolitischer Sprecher des Parteivorstandes der PDS/DIE LINKE 2003 bis 2014

Manfred Wolf, Wolfgang Wippler, Wolfgang Borchardt und Götz Brandt sind Mitglieder des Sprecherrates der Ökologischen Plattform.

Marko Ferst ist Mitglied der Ökologischen Plattform.

Frank Roßband ist Mitglied des Sprecherrates der LINKEN in Gardelegen und Mitglied der BI "Kein CO₂-Endlager Altmark".

Gilbert Siegler ist energiepolitischer Sprecher der Hamburger AG Umwelt, Energie und Verkehr DER LINKEN.

Hansjürgen Schulze ist Mitglied der Ökologischen Plattform in Schleswig-Holstein.

Wolfgang Kämmerer ist Mitglied der Ökologischen Plattform Baden-Württemberg und des Sprecherrates.

Christfried Lenz ist Mitglied der Ökologischen Plattform und der BI "Kein CO₂-Endlager Altmark".

Ercan Ayboga ist Mitglied der Ökologischen Plattform.

Dieter Brendahl ist Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt DIE LINKE Brandenburg, war u.a. tätig für Kraftwerksleittechnik von Braunkohlenkraftwerken.

Bildnachweis

Titelbild: © Klaus Stuttmann "Windenergie onshore und offshore"

Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei Adressen/ Abonnement der Tarantel bitte über kontakt@oekologische-plattform.de oder <http://www.oekologische-plattform.de>

Bundesebene

Ökologische Plattform
Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin, www.oekologische-plattform.de oder oekoplattform@die-linke.de
Manfred Wolf, 030_2411127, manfredwolfberlin@gmx.de
Petra Beck, pcbe@gmx.net
Götz Brandt, Prof.Goetz.Brandt@t-online.de
Mailverteiler (Newsletter):
Anmeldung unter www.oekologische-plattform.de

BAG Umwelt-Energie-Verkehr

Thomas Scherzberg, Walter-Oertel-Str. 32, 09112 Chemnitz,
ts_09112@web.de

Bundestag

Eva Bulling-Schröter (Sprecherin für Energie und Klimaschutz),
Tel. 030_22772485, Fax 030_22776485
eva.bulling-schroeter.@bundestag.de
Ralph Lenkert (umweltpolitischer Sprecher), Tel. 030_22772636,
Fax 030_227-76638, ralph.lenkert@bundestag.de

Landesebene

Baden-Württemberg

Wolfgang Kämmerer, Wilhelm-Röntgen-Str. 32, 73760 Ostfildern,
mail@wolfgangkaemmerer.de

Bayern

LAG Umwelt, Bahnhofstraße 5, 85051 Ingolstadt, Tel. 0841
3796284, eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de
Marianne Selke, marianne-selke@t-online.de

Berlin

Marion Platta (MdA, Umwelt), Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin,
Tel. 030_23252550, platta@linksfraktion-berlin.de

Brandenburg

Norbert Wilke Großbeerenstr. 7 14482 Potsdam 01520_2875749
norbert.wilke@dielinke-brandenburg.de (LAG Umwelt)
Carolin Steinmetzer-Mann (MdL, Sprecherin für Umwelt- und
Abwasserpolitik), Alter Markt 1, 14467 Potsdam,
carolin.steinmetzer@linksfraktion-brandenburg.de

Bremen

Klaus-Rainer Rupp (Mitglied Bürgerschaft, Umwelt), Tiefer 8,
28195 Bremen, klaus-rainer.rupp@linksfraktion-bremen.de

Hamburg

Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg,
g.siegler@web.de (AG Umwelt, Energie, Verkehr)
Dora Heyenn (Mitglied Bürgerschaft, Umwelt), Rathausmarkt_1,
20095 Hamburg, dora.heyenn.ma1@linksfraktion-hamburg.de

Hessen

Hajo Zeller, DIE LINKE.KV Marburg-Biedenkopf
Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg
hajo.zeller@die-linke-marburg.de
Tel. 06421163873
Marjana Schott (MdL, Umwelt- und Landwirtschaftspolitik),
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, m.schott@ltg.hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Mignon Schwenke (MdL, Sprecherin für Energie-, Verkehr- und
Umweltpolitik), Lennestr. 1, 19053 Schwerin,
m.schwenke@dielinke.landtag-mv.de Tel._9385_5252531
Ute Spriewald (LAG Nachhaltige Entwicklung)
info@die-linke-mv.de

Niedersachsen

Heinz Preuß (ÖPF NS, Koordinierungsrat ÖPF), Sedanstr._6,
31787 Hameln, Tel. 05151_409481, Hpborusso@aol.com

Nordrhein-Westfalen

Ralf Henrichs, Hohenzollererring 99, 48145 Münster,
Tel._0151_18479447, ralphenrichs@gmx.de

Rheinland-Pfalz

Marion Morassi, Walporzheimer Str. 5, 53474 Ahrweiler, marion-
morassi@t-online.de
Wolfgang Huste, whuste@aol.com (LAG ÖPF RP)

Saarland

Dagmar Enschedel (MdL, umwelt-, energie-, sport-, verkehr- und
wohnungsbaupolitische Sprecherin)
Franz-Josef-Röder-Straße 7, 66119 Saarbrücken
dagmar.ensch-engel@dielinke-saar.de

Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891_35290,
an-sa-kunze@t-online.de
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel.
0341_9424882, micha.lauter@web.de; (ADELE – ÖPF SA)
Marco Böhme, marco.boehme@linksjugend-sachsen.de
Dr. Jana Pinka (MdL, Umwelt- und Technologiepolitik), Bernhard-
von-Lindenau-Platz 1, 01067_Dresden,
jana.pinka@slt.sachsen.de
Dr. Monika Runge (MdL, Energie- und Klimaschutz), Bernhard-von-
Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden, monika.runge@slt.sachsen.de

Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle,
Tel._0345_29418-63, (AG Umwelt)
Angelika Hunger (MdL, Verbraucherschutz, Energiepolitik),
Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg,
Angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de
Andre Lüderitz (MdL, Umweltpolitik), Domplatz 6-9, 39104
Magdeburg, andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Schleswig-Holstein

Bernd Friedrich, friedrich_bernd@t-online.de, Augrund 7, 24321
Lütjenburg
Hans-Jürgen Schulze, hajue.schulze@googlemail.com,
Öhmüllentallee 1, 24306 Plön

Thüringen

Dr. Johanna Scheringer-Wright (Sprecherin ÖPF Thüringen, MdL,
Agrar- und Regionalpolitik), johanna@scheringer.de, Jürgen-
Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt, Tel. 0151 1172 3000
Maik Eisfeld maik_eisfeld65@yahoo.de
Tilo Kummer (MdL, umweltpolitischer Sprecher),
Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, Tel. 0361_3772317,
kummer@die-linke-thl.de

linke und ökologische Medien

Uwe Kalbe, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
politik@nd-online.de
Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg,
Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel.030_44339147,
www.grueneliga-berlin.de/raberalf

Tarantel

Nr. 65
Juni
II/2014

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

DIE LINKE.

Inhaltverzeichnis

Editorial	2
Impressum	2
In eigener Sache	3
20 Jahre Ökologische Plattform	3
Nie waren sie sich so nah wie heute	3
20 Jahre Ökologische Plattform	6
Der Anfang	8
20 Jahre Ökologische Plattform - Einige Gedanken zum runden Datum	10
65 Taranteln in 20 Jahren	14
Ökologische Plattform *24.6.1994	16
Für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft	18
Aus den Ländern	20
Kein CO ₂ -Endlager Altmark	20
Hamburger Energietisch gegründet	20
Fracking in der Erdölregion Kiel	21
Ökologische Plattform Baden-Württemberg	24
Tagebau Welzow Süd II	25
Gesellschaft / Theorie	26
„Nicht während meiner Amtszeit“	26
„Entfaltung der Produktivkräfte“ heute: Ökologie statt Raubbau! – und was das mit Marx zu tun hat...	27
International	29
Kommt der nukleare Tod auch in die Türkei?	29
Energie	33
Energiepolitische Eckpunkte (Mai 2014)	33
Bücherecke	36
Sklaven des Wachstums	36
Umkämpfte Rohstoffe. Märkte, Opfer, Profiteure	38
Kontaktadressen	39